

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 19. Dezember 1891.

Inserate die viergespaltene Zeile ober deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Reichenstraße 12.

## Vorkäufliches über die neuen Handelsverträge.

Ein lang erwartetes und vielfach vorher besprochenes Ereignis ist endlich eingetreten. Am Nachmittage des 7. Dezember sind im deutschen Reichstage eine Anzahl von Verträgen, welche die Regierung geschlossen hat, vorgelegt worden, nämlich der Handels- und Zollvertrag, sowie das Vieh- und Seiden-Nebeinkommen zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn; der Handels-, Zoll- und Schiffahrtvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Italien und der Handels- und Zollvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Belgien.

Sämmtliche Verträge sind am Tage vorher, dem 6. Dezember in Wien, beziehungsweise in Rom und in Berlin unterzeichnet worden.

Alle drei Handelsverträge treten am 1. Februar 1892 in Kraft und laufen bis zum 31. Dezember 1903 und von da an weiter mit einjähriger Kündigungsfrist.

Der Inhalt der Handelsverträge ergibt, daß die Metallarbeiterschaft dabei wesentlich interessiert ist. Die Zugeständnisse Oesterreichs z. B. an Deutschland, welche der bezügliche Handelsvertrag enthält, erstrecken sich unter Anderem auf Roheisen, Eisen und Stahl in Stäben und fagonnirt, auf schmiedeeiserne Röhren, auf gemeine Eisenwaaren, auf schwarze Sägen, Feilen und Bohrer, auf blanke Sägen, auf Kunstguß- und Drahtwaaren, auf polirte und lackirte feine Eisenwaaren, auf Schreibfedern, Fingerhut, Nähadeln, auf rohes Blei, Zink und Kupfer und von Metallwaaren auf Telegraphen-Kabel und Metallwaaren feinsten Art. Der deutsch-italienische Handelsvertrag bringt Veränderungen in den Zoll-Tarif-Positionen in Bezug auf Schmiedeeisen und Stahl, gewalzt oder gehämmert, sowie in Bezug auf mathematische und physikalische Instrumente u. s. w. Die Verträge enthalten Zollbefreiungen, beziehungsweise Zollermäßigungen für die Einfuhr aus Oesterreich oder Italien in Bezug auf schmiedbares Eisen.

Der deutsch-belgische Handelsvertrag bringt Herabsetzungen der deutschen Einfuhrzölle in Bezug auf Eisenbahnachsen, Radreifen und Eisenbahnräder, eisernes Hochgeschirr, Gewehrfedern, Gewehrrohre, Gewehrläufe.

In den meisten Fällen handelt es sich um Zollbindungen, d. h. um Festsetzung eines Zollfußes, über den hinaus die Zölle nicht erhöht werden dürfen; in einer Anzahl von Fällen auch um — im Grunde unbedeutende — Herabsetzung der Zölle.

Die Denkschrift zu den Handelsverträgen sucht zunächst die Nothwendigkeit zu begründen, den etwaigen Absichten, die einzelnen Länder noch mehr von einander abzuschließen, einen Kiegel vorzuschieben, zumal Deutschland auf die Erhaltung seiner Ausfuhr nicht rechnen dürfe, wenn es nicht durch gegenseitige Beschränkung der freien Verfügung auf

zolltariflichem Gebiete anderen Ländern die Möglichkeit gewährt, die Waaren, welche sie von der deutschen Industrie empfangen, wenigstens zu einem erheblichen Theile in Produkten ihrer eigenen Gewerbsthätigkeit zu bezahlen. Die Denkschrift führt aus, daß an erster Stelle eine Verständigung mit Oesterreich-Ungarn herzustellen war, da dasselbe nächst England den ersten Platz im Ausfuhrhandel des deutschen Reiches einnimmt.

Alsdann gibt die Denkschrift eine historische Darstellung des so langwierigen Verlaufs der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn sowohl, wie mit Italien, Belgien und der Schweiz, bezüglich welches letzteren Staates ein Handelsvertrag zwar dem Reichstage noch nicht vorliegt, obgleich derselbe auch bereits zu beiderseitiger Befriedigung abgeschlossen worden sein soll.

Für die Beurtheilung des Wertes und der Bedeutung solcher Handelsverträge ist die Bemerkung in der Denkschrift von Belang, daß bei Abwägung der deutscherseits gemachten Zugeständnisse die dafür eingetauschten Vortheile zu betrachten seien, und daß beim Abschluß der Verträge unter Festhaltung eines den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragenden Schutzes der nationalen Arbeit die Nothwendigkeit berücksichtigt worden sei, der deutschen Industrie die Abfuhrwege nach dem Auslande offen zu halten. Und der ganze kleinräumerische Geist, sowie die Oberherrlichkeit des agrarischen Interesses bei unserer deutschen Regierung tritt in der Versicherung zu Tage, daß die verbündeten Regierungen sich der wirtschaftlichen und finanziellen Tragweite der ziemlich unerheblichen Zugeständnisse wohl bewußt seien, und daß sie dieselbe auf das thunlichst geringe Maß beschränkt hätten.

Es ist wahrhaftig als ob die Reichsregierung für diese weise Beschränkung ein Lob einzuhändigen gedächte, wenn sie nur nicht unmittelbar nach den eben wiedergegebenen Worten fortführe: Die theilweise Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle ist nur in der Erwägung erfolgt, daß ohne das Entgegenkommen in Bezug auf die Agrarzölle eine Einigung mit Oesterreich-Ungarn und damit die gesammte handelspolitische Aktion aussichtslos gewesen wäre.

Also nur deshalb ist eine Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle erfolgt, nach denen das deutsche Volk, das heißt die ungeheure Mehrheit der Nichtbesitzenden, mit denkbar größter Entschiedenheit und getrieben von bitterster Noth verlangt, — weil eine handelspolitische Einigung mit Oesterreich-Ungarn andernfalls unmöglich gewesen wäre.

Und damit das arme Volk ja nicht etwa sich einbilde, daß ihm aus der Ermäßigung der Getreidezölle ein irgendwie erheblicher Nutzen erwachsen könnte, fügt die Denkschrift hinzu, daß die Zugeständnisse dasjenige Maß nicht überschreiten, welches eingehalten werden mußte, um für die deutsche Landwirth-

schaft den erforderlichen Schutz zu sichern. Die deutsche Landwirthschaft, d. h. die Herren Agrarier, die Großgrundbesitzer, Magnaten und Vielmillionäre, sie sind es, auf welche beim Abschluß der Handelsverträge in erster Linie Rücksicht genommen worden ist. Das leuchtet zu allererst aus den Zeilen der Regierungsdenkchrift auf das unzweideutigste hervor.

Die Denkschrift gibt im Weiteren ein treffliches Bild der verhängnißvollen Unsicherheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Nach ihrer Schilderung hat auf dem wirtschaftlichen Gebiete beständig Sonnenschein mit Regen abgewechselt. Nach der Begründung des Reiches nahm Deutschland, wie sie mit Recht behauptet, einen Anlauf zu mächtiger Entwicklung seiner wirtschaftlichen Kräfte, und noch treffender fügt sie hinzu, daß dem raschen Aufschwunge bald ein empfindlicher Rückschlag gefolgt sei. Dieser Rückschlag führte zu der „Reform“ der vom ehemaligen Zollverein überkommenen Handels- und Tarifpolitik, welche famose Reform im Zolltarif von 1879, der hauptsächlich dem Rückgang unserer Eisenindustrie dauernd abhelfen sollte, ihre Krönung fand. Wiederum versichert die Denkschrift, daß die deutsche Industrie unter dem „immerhin kräftigen Schutze des Tarifs von 1879 in allen Zweigen einen bemerkenswerthen Aufschwung genommen“ hätte. Wer das nicht gemerkt haben sollte, der konnte es am eigenen Leibe fühlen: Deutschland entwickelte sich, wie die Denkschrift mit Stolz bescheinigt, zu einem Industriestaate ersten Ranges. Die Einfuhr, welche den wachsenden Bedarf des sich rasch vermehrenden Volkes zu decken hatte, wuchs in höherem Maße, als die Ausfuhr. Dennoch betrug die Ausfuhr von Fabrikaten im Durchschnitt der Jahre 1880—1890 einen Werth von 2260 Millionen Mark; im Jahre 1889 einen Werth von 2382 Millionen und im Jahre 1890 einen Werth von 2482 Millionen Mark. Mit großer Genauigkeit betont die Denkschrift, daß die vorstehenden Zahlen „zur Genüge zeigten, welche Menge von Arbeit sich in der deutschen Ausfuhr verkörpert und wie sehr die arbeitenden Klassen an dem Export interessiert seien und einen wie erheblichen Faktor die Ausfuhr für das Gedeihen des deutschen Gewerbfleißes und damit der gesammten deutschen Volkswirthschaft bilde.“

Solch' Denkschriftschreiber hat vielleicht früher einmal aller Welt Sand in die Augen gestreut und auch bei den arbeitenden Volksklassen den Verdacht hervorrufen können, daß ihnen aus der steigenden Ausfuhr und den Handelsverträgen, aus denen der Ausfuhr Vortheil erwachsen soll, in der Zukunft Heil erblühen könnte.

Heutzutage aber weiß jeder Arbeiter wohl schon, daß auch von der geeignetsten Ausfuhr für ihn nur der Bettelgroßchen fargen Lohnes abfällt; daß höchstens die industrielle Reserve-Armee ein wenig zusammenstimmt und die günstige Konjunktur Streiks gestattet, mit Hilfe deren

unter hartem Ringen den widerspenstigen Unternehmern bestenfalls unbedeutende Lohnerrhöhung und sehr bescheidene Arbeitszeitverringerung abgetrotzt werden kann. In die allezeit gähmend geöffneten Kassen des Kapitals aber fließt freilich der Segen jeglicher Ausfuhrvermehrung in breiten Goldströmen hinein. Einzelunternehmerprofite sowohl, wie Dividenden schnellen bis in's Unermeßliche empor, und die, denen sie zu Gute kommen, die Mitglieder unserer herrschenden Klassen, sind die Leute, welche über die guten Handelsverträge ihre besondere Freude haben können.

Die Sozialdemokraten stehen daher auch den Handelsverträgen, deren Abschluß den deutschen Reichskanzler, Herrn v. Caprivi, wie er im Reichstage versichert hat, gegenwärtig „schaffender Freude so nahe gebracht hat, wie noch nie zuvor“, kühl bis an's Herz gegenüber. Das beste, was diese Handelsverträge leisten, nützt dem arbeitenden Volke, wenn überhaupt etwas, doch sicherlich nur kläglich wenig. Wenn es nach uns ginge, gäbe es unter den Völkern insgesammt keine Spur von Zollschranken mehr, so wenig, wie im deutschen Reiche unter den verbündeten Staaten und Staaten Zollgrenzen bestehen, das heißt eben da, wo noch bis tief in unser Jahrhundert hinein sich die hunscheiligste Musterkarte der Zollerrissenheit, die es in der Welt gab, breit gemacht hat.

Den letzten Schritt aus dem hundertfach zollzerklüfteten alten deutschen Kaiserreich über die wunderliche staatsrechtliche Mißgeburt des deutschen Staatenbundes hinweg bis zur Zolleinheit des neuen Reiches zu thun, war Sache der neuen Auflage des deutschen Kaiserthums. Die Zollfreiheit aller Völker Europas, ja aller zivilisirten Nationen der Welt fest zu begründen, das ist vorbehalten der zu planmäßiger Arbeitsgemeinschaft geeinten Kulturmenschen, und in erster Linie den arbeitenden Klassen aller Kulturvölker, welche sich bereits jetzt, — da sich die Regierungen, die autokratischen ebenso wie die konstitutionell-monarchischen und die bourgeois-republikanischen, noch von dem Gedanken des massenmörderischen Krieges nicht losreißen können und sich für und gegen ihn, bis zur Erschöpfung und Erschlaffung rüsten, — über die Länder und Meere hin die Hände reichen und zu Arbeitervolkparlamenten zusammenzutreten begonnen haben.

## Die Verstaatlichung der Apotheken.

Unter den verschiedenen, im Schooße des deutschen Reichstages ruhenden Initiativanträgen der Parteien befindet sich bekanntlich auch ein solcher der sozialdemokratischen Fraktion, welcher die Verstaatlichung der Apotheken zum Gegenstand hat. Der Wortlaut des Antrages ist folgender: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ueber-

nahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens, durch das Reich herbeigeführt wird. — Begründet wird der Antrag damit, daß der Uebergang des Apothekenwesens in Reichseigentum und Reichsverwaltung die notwendige Konsequenz der Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung ist. Das Reich soll mit der Bestimmung und Verwaltung des Apothekenwesens kein fiskalisches Interesse verfolgen, sondern soll die Medikamente zum Selbstkostenpreise verabsolgen.

Wenn je auf einen parlamentarischen Antrag das Wort „volksthümlich“ mit vollem Rechte anwendbar, so kann wohl auf diesen. Der Antrag auf Verstaatlichung des Apothekenwesens greift so recht mitten in's volle Menschenleben hinein und packt an der richtigen Stelle, an dem Sitz des Übels an und eben darum kam er wohl auch der gesammten Gegnerschaft sehr ungelogen. Die Gegner können nicht leugnen, daß in Bezug auf das Apothekergewerbe unbestreitbare Uebelstände bestehen, sie suchen aber unter vielem Drehen und Winden als fraglich hinzustellen, ob der von der sozialdemokratischen Fraktion gewählte Ausweg der richtige sei. Der gegnerische Standpunkt ist in einem bezüglichen Artikel der „Woff. Ztg.“ folgendermaßen dargelegt worden: „Man wird über den Antrag nicht ohne Weiteres, wie über ein sozialistisches Parteimandev, hinweggehen können, denn daß die Apothekerfrage in Deutschland, namentlich in Preußen, als solche besteht und einer Lösung dringend bedürftig, ist nicht zu leugnen. Ebenso richtig ist es, daß die neue sozialpolitische Gesetzgebung mit ihrem System der Zwangsversicherung die Arbeiterklasse in enge Beziehung gebracht hat und daß von deren Standpunkt aus die heutige Privilegienwirtschaft im Apothekergewerbe am schwersten empfunden wird. Nimmt man dazu, daß seitens der verbündeten Regierungen schon wiederholt der Versuch gemacht wurde, durch ein Reichsapothekengesetz die herrschenden Mißstände in dem Gewerbe zu beseitigen, daß der Versuch aber stets im Sande verlaufen ist, so wird man den sozialdemokratischen Antrag als Anregung zu öffentlicher Erörterung der Sache willkommen heißen können, auch wenn man die Abhilfe auf einem anderen, vielleicht gerade auf dem entgegengesetzten Wege sucht, als er.“

Der hier angebeutete „entgegengesetzte Weg“ entspricht freilich vollständig dem Manchesterthum der deutschfreisinnigen Partei; statt der Beseitigung der zugegebenen trassen Mißstände im Apothekergewerbe durch dessen Verstaatlichung, wollen die Gegner die Privilegien wirtschaftlich durch die Freigabe des Apothekergewerbes überwinden. Dieser Lösung im manchesterlichen Sinne steht das Publikum im Allgemeinen sehr unsympathisch gegenüber und würde sie eine im öffentlichen Interesse keineswegs wünschenswerthe sein. Dafür bürgen die Erfahrungen, welche in jenen Ländern vorliegen, wo die Pharmazie ein freies Gewerbe ist. . . . Das Uebergangsstadium würde sich charakterisieren durch eine überaus rasche Vermehrung der Apotheken, von denen der überwiegende Theil jedenfalls lebensfähig wäre. Die Apotheker, welche dem Fache nicht mehr angehörten, würden sich demselben theilweise wieder zuwenden, der Andrang von neuen Elementen würde, trotzdem schon heute das Angebot ein ganz unnormales ist, rasch zunehmen und nach Klärung und Festigung der Verhältnisse würde das Schlußresultat bestehen in dauernder Vermehrung der Apotheken um mindestens die Hälfte, in gleichzeitiger Vermehrung der in gedrückter Lage lebenden Kleinapotheker und in mit willkürlicher Festsetzung der Preise zusammengehörender Vertheuerung der Arznei-

mittel. Der einzige sichte Punkt würde also die Vermehrung der Apotheken sein, aber auch dessen Vortheil erscheint bei näherer Prüfung sehr trügerisch. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Apotheken in Deutschland 4829, so daß im Durchschnitt eine auf ungefähr 9400 Einwohner entfällt. Dieses Verhältnis ist nun in Frankreich, England und Italien derart, daß auf je 6300, 4500 und 2500 Einwohner eine Apotheke kommt und so würde für Deutschland allerdings die Freigabe ohne Zweifel eine bedeutende Vermehrung hervorrufen. Aber diese Vermehrung würde im Wesentlichen nur den Städten zu Gute kommen, wo sie das Gesellschaftsinteresse meist gar nicht verlangt und das flache Land würde sich vielleicht für seine Arzneiverforgung noch stiefmütterlicher bedacht finden, als heute.“\*) In dem Aufsatz wird dann ferner nachgewiesen, daß von der in Folge der Freigabe der Apotheken vermehrten Konkurrenz keine Ermäßigung der Arzneipreise zu erwarten sei, viel wahrscheinlicher würde eine Erhöhung derselben eintreten. In Frankreich, wo das Apothekergewerbe frei ist, klagt das Publikum über die hohen Arzneipreise ebenso sehr, wie in Deutschland seiner Privilegienwirtschaft. Träte jedoch wider Erwarten unter der „freien“ Konkurrenz eine Ermäßigung der Arzneipreise ein, so würden wohl „ranzige Oele, verdorbener Leberthran, überjährige Blätter, von Würmern zerfressene Wurzeln, in Gährung übergangene Säfte und gesundheitsschädliche Waaren aller Art“, die die amtlichen Revisionsprotokolle in reicher Fülle verzeichnen, noch häufiger Verwendung und weniger Vernichtung finden als heute.

Bei der Verstaatlichung des Apothekenwesens könnten jedoch sehr mäßige Arzneipreise berechnet werden bei bester Qualität der Medikamente, wenn die verstaatlichte Apotheke im Sinne des sozialdemokratischen Antrages betrieben werden würde. Dieses sollte aber gerade im Interesse des Ansehens der „Sozialreform“ geschehen. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge haben von den Kranken- und Unfallversicherungsgesetzen gerade die Apotheker und nach ihnen wohl auch die Aerzte den größten Vortheil. Während vordem die vielen nichtversicherten und mittellosen Arbeiter wohl manchen Gang in die Apotheke nicht machten und manches verschriebene ärztliche Rezept nicht benutzten, wird unter dem Versicherungszwange die Apotheke auch vom Arbeiter nach Bedürfnis frequentirt, da er ja in die Krankenkasse seine Beiträge leisten und die Kasse ihm auch die Medikamente bezahlen muß. Von welchem großen Einfluß die zwangsweise Kranken- und Unfallversicherung auf den Konsum von Arzneien in Arbeiterkreisen ist, beweisen folgende Zahlen der Wiener Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse (es stehen uns augenblicklich andere Zahlen nicht zur Verfügung):

Jahr	Durchlauf Mitgliederzahl	Ausgaben für Arz. und Zahn (Gulden)	pr. Mitgl. und Jahr (Kreuzer)
1868/69	6410	774,33	12
1889	90,770	53,671,15	59
1890	104,146	88,337,27	85**)

Die Ausgaben für Arzneien haben sich also unter dem Einfluße der Versicherungsgesetze pro Kopf und Jahr, vervielfacht! Und in Deutschland wird wohl das Verhältnis ebenso sein. Die Arbeitergroßen fließen aus den Versicherungskassen in die unerschöpflichen Goldgruben der Apotheker, die ein herrliches, in der That beneidenswerthes Dasein führen. Auch die Aerzte dürften der Verstaatlichung aus Gründen der Praxis nicht unsympathisch gegenüberstehen. Ruft ihnen doch einer aus den eigenen Reihen zu:

\*) Die Apothekerfrage und ihre Lösung im Jahrgang 1889 der „Neuen Zeit“ (S. 212)  
\*\*) „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 5, Jahrgang 1891, Wien.

„Mich dünkt, wir sind es in fast gleichem Maße unserem Fortbestand, dem Ansehen der von uns vertretenen Wissenschaft und den Wünschen unserer Krankenschuldig . . . in sparsamerer, die Arzneipreise mehr berücksichtigender Verordnungs, im Fallenlassen eines uns von den Vorfahren vererbten Arzneiflaschenwinkles, einer überliefernten Gewohnheit, überflüssige Dinge bloß des als zu verschreiben, weil es so üblich war in einer Zeit, da die Heilkunst in möglichst viel lateinischen Brocken und Rezeptzetteln bestand, zu verfahren. Ein uns persönlich bekannter Arzt, Franzose von Geburt, nannte sich einst in einer Stunde der Selbsterkenntnis, als er sich anschickte, seine Kranken zu besuchen, commis voyageur de ses pharmasiens. Dieser Kollege hatte nicht bloß für seine Person Recht: Wir sind Alle unbezahlte, freiwillige, oft sogar recht übel belohnte Handlungsreisende für die Apotheker.“ (Zeitfaben zur ökonomischen Arzneiverordnung für deutsche Stassenärzte, Militärärzte und Polikliniker von Dr. med. G. Sahn, Stuttgart, Enke, 1890.)

Die Verstaatlichung der Apotheken würde jedenfalls auch den Apothekergehilfen eine Verbesserung bringen. Gegenwärtig haben sie in der Regel alle 14 Tage einen freien Tag, eine tägliche Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden und einen Jahresgehalt von 1000 bis 1200 „, der bei examinierten Apothekergehilfen auf 1500 bis 1800 „ steigt.

Nach der politischen Seite hin ist wohl bei der Verstaatlichung der Apotheken wenig Stärkung der Regierung zu befürchten. Die Apotheker stehen auch jetzt schon meistens ganz oder halb im Regierungslager; auf jeden Fall gehören sie zu den „Ordnungsparteien“, heißen sie nun Deutschfreisinnige, Nationalliberale, Konservative oder Ultramontane. Zu der allein ernsthaften Oppositionspartei, der Sozialdemokratie, haben sich bis jetzt noch sehr wenige Apotheker, weder glänzend situirte Prinzipale noch präkär gestellte Gehilfen „verirrt“.

### Gesetz-Entwurf bez. die eingetragenen Berufs-Vereine.

(Aus dem „Vorwärts“.)

Dem Reichstage liegt ein Gesetzentwurf unter obigem Titel vor, der von Dr. Hirsch und seinen Freunden eingebracht ist.

Der Zweck dieses Gesetzentwurfes ist der, den Berufs-Vereinen, unter welchem Namen ungefähr das zu verstehen wäre, was wir Fachvereine oder Gewerksvereine zu nennen gewohnt sind, eine rechtliche Unterlage zu geben, auf welcher sie sich freier bewegen können, als auf dem Boden der in Deutschland geltenden Vereinsgesetze. Besonders soll die „Rechtssfähigkeit“ und die Fähigkeit, sich zu größeren Verbänden oder Kartellen zu zentralisiren, besser als bisher geregelt werden.

Die darauf bezüglichen Bestimmungen des Gesetzentwurfes sind in den §§ 5 und 33 enthalten. Deren ersterer sagt: „Der eingetragene Berufsverein kann unter keinem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigenthum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.“

Für alle Verbindlichkeiten des Vereines haftet den Vereinsgläubigern nur das Vermögen des Vereines.

Der ordentliche Gerichtsstand des Vereines ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk er seinen Sitz hat.“

Es ist hiermit dasjenige ausgesprochen, was man unter dem Begriffe der Verleihung der Rechte einer rechtlichen Körperschaft (Korporationsrechte) heut versteht.

Der andere Paragraph sagt: „Eine Vereinigung mehrerer Berufsvereine zu einem Verband behufs gemeinsamer Verfolgung ihrer Zwecke, sowie Erreichung eines Kartellvertrages, kann unter

Zustimmung der Generalversammlung der einzelnen Vereine und auf Grund eines schriftlichen Statuts erfolgen.

Das Statut darf keine Bestimmungen enthalten, welche mit dem Zwecke des Verbandes nicht in Verbindung steht oder den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderläuft.“

Die Gewährung dieser Rechte an die Berufsvereine soll von Bedingungen abhängig gemacht werden, die den übrigen Inhalt des Gesetzentwurfes ausmachen.

Vorur wir diese Bedingungen uns näher ansehen, möchte es nöthig sein, uns die heutige Sachlage, in der sich solche „Berufsvereine“ befinden, kurz zu vergegenwärtigen.

Nach dem Stande der heutigen Gesetzgebung unterscheiden wir zuerst Vereine zu wirtschaftlichen oder Erwerbszwecken.

Für diese Vereinigungen sind gesetzliche Vorschriften getroffen in den Gesetzen über die Aktiengesellschaften, Handelsgesellschaften, eingetragenen Genossenschaften. Es sind die Bedingungen der Rechtssfähigkeit dieser Vereine gesetzlich geordnet und ihrer Vereinigung zu Verbänden und Kartellverträgen, soweit sie sich auf die Zwecke dieser Vereinigungen beziehen, steht nichts entgegen.

Diejenigen Wirtschafts- oder Erwerbsgesellschaften, welche Versicherungswesen betreiben, d. h. die gegen Prämienzahlung bei Eintreten vorherbestimmter Ereignisse eine Geld-, Renten- oder sonstige Leistung rechtlich übernehmen, bedürfen zu ihrem Geschäftsbetriebe der landespolizeilichen Genehmigung, die dem Grundgedanken nach zum Schutze des Publikums, das nicht immer in der Lage ist, die Kreditwürdigkeit dieser Gesellschaften zu prüfen, dienen soll. Die Ertheilung dieser Genehmigung läßt der Willkür der Verwaltungsbehörden weiten Spielraum. Sie kann zum Niederhalten mißliebiger Bestrebungen mißbraucht werden und wird in dieser Art mißbraucht.

Neben diesen Erwerbs- und Wirtschaftsvereinen stehen die Vereinigungen, welche wir gesetzlich geregelte sozialpolitische Vereinigungen nennen können. Es sind hierzu zu zählen die Versicherungskassen der amtlichen Arbeiterversicherung und die freien Hilfskassen. Alle diese Vereinigungen stützen sich auf besondere Gesetze, die ihre Berechtigungen regeln. Die Kritik dieser Gesetze steht hier nicht in Frage.

Weiter finden wir die Berufsvereine der Kleinmeister, die Innungen, in gewisser Beziehung durch Gesetz geordnet.

Die Rechtssfähigkeit der Innungen steht der § 99 der neuen Reichs-Gewerbeordnung ganz so fest, wie der vorliegende Gesetzentwurf es verlangt, die Vereinigung zu Verbänden u. s. w. ist in dem § 102 geordnet.

In Betreff aller anderer Berufsvereine herrscht die vollkommene Polizeiwilckür. Sie alle sind den vereinsgesetzlichen Bestimmungen der Einzelstaaten unterworfen. Diese Bestimmungen werden gegen sie aber in der aller verschiedensten Art angewendet. Die Rechte der Körperschaft, die Rechtssfähigkeit wird Arbeitervereinigungen unter allen Umständen versagt, den Vereinen von Unternehmern wie z. B. dem Verbands der Tischlermeister und Ofenfabrikanten in Sachsen, mit großer Zuverlässigkeit gewährt.

Das Recht, sich zu Verbänden und Kartellverträgen zu vereinigen, wird allen Arbeitervereinen, die sich irgendwie nach der schärfsten und künstlichsten Auslegung des Begriffes mit Politik beschäftigen, verweigert, den Unternehmervereinigungen, den Kriegervereinen und anderen solchen Vereinen aber gestattet. Ja, es wird für solche Vereine der Zusammenschluß sogar befördert, obgleich sich die Vereine mit Politik beschäftigen oder eben weil sie sich mit

einer den herrschenden Klassen genehmen Politik beschäftigen.

Die gänzliche Rechtlosigkeit aller dieser Vereine ist nicht nur von uns, den Sozialdemokraten, die wir freilich die Härte und Ungerechtigkeit des bestehenden Zustandes am eigenen Leibe sehr empfindlich spüren, übel empfunden, sondern alle Kreise, die sich noch einigen Sinn für Recht und Gerechtigkeit in der heutigen allgemeinen moralischen Korruption der besitzenden Klassen bewahrt haben, fühlen das Unhaltbare dieses Zustandes, durch den durchaus nicht nur wir Sozialdemokraten und weiterhin die gesammten Arbeiter, sondern auch ganz entschieden bürgerliche Interessen schwer geschädigt werden.

Dieses nicht einzusehen, ist das traurige Vorrecht des in der Profitwuth für Alles andere blind gewordenen Proletariats, das leider im Reichstage so stark vertreten ist.

Auch die „Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch“ konnte gegen die bestehenden Uebelstände nicht blind sein.

Nachdem in dem Entwurfe für das bürgerliche Gesetzbuch in den §§ 43 bis 57 die Rechtsverhältnisse berechtigter Vereine bestimmt waren, die die Rechtsfähigkeit erlangt haben, kam es darauf an, die Formlichkeiten zu bestimmen, unter welchen diese Rechtsfähigkeit zu erlangen ist. Die Kommission beschäftigte sich mit dieser Frage in drei Sitzungen, am 30. November, 1. und 2. Dezember. Man war von der Unzulänglichkeit des heutigen Zustandes überzeugt und der einheitlichen Ansicht, daß zwar für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften andere Bestimmungen, als wie sie in den, diese Vereinigungen betreffenden Gesetzen vorhanden sind, nicht erforderlich sind, daß aber für Vereine mit Bestrebungen, die man als „ideale Tendenzen“ bezeichnete, eine reichsgesetzliche Ordnung erforderlich sei.

Vereine mit idealen Tendenzen nannte man alle Vereine, welche gemeinnützige, wohlthätige, gesellschaftliche, künstlerische, wissenschaftliche oder sonstige nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtete Zwecke verfolgen.

Besonders wurde anerkannt, daß dazu auch die Fach- und Gewerksvereine gehören. Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches hat angenommen, daß die Rechtsfähigkeit solcher Vereine mit idealen Tendenzen von der Eintragung in ein von dem Amtsgerichte zu führendes Register abhängig zu machen sei.

Den einzelnen Staaten, den Landesbehörden soll ein Recht, Vorbehalte über die Verfassung solcher Vereine zu machen, d. h. Einfluß auf die Statuten durch landespolizeiliche Vorschriften auszuüben, nicht ertheilt werden.

Die Erlangung der Rechtsfähigkeit soll allein in das Belieben des Vereines gestellt werden, wenn er sonst den genau gegebenen Vorschriften des Reichsgesetzes genügt.

Da das bürgerliche Gesetzbuch sicher noch von dem jetzigen Reichstage, vielleicht schon im Jahre 1893 erledigt und, wie kaum zu bezweifeln ist, im Ganzen angenommen werden wird, so möchte die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hier eine den Interessen der Arbeiter einigermaßen genügende Lösung finden. Das ist heute der thatsächliche Stand der Frage.

Der Gesetzentwurf von Dr. Girsch und Genossen ist freilich zu einer Zeit verfaßt und in den Reichstag eingebracht, als man von der Art, wie die Kommission die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine im bürgerlichen Gesetzbuche

behandeln würde, noch nichts wissen konnte. Es läßt sich auch heute noch nicht ganz mit Sicherheit sagen, wie die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch sich in der dritten Lesung zu den betreffenden Fragen stellen wird. Man kann also nicht sagen, daß der Gesetzentwurf Dr. Girsch und Genossen schon heute als ganz überflüssig zu bezeichnen ist. Aber eins kann man schon heute sagen:

Wo er von der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine handelt, da ist er unzulänglich und theilweise schädlich;

wo er von der Berechtigung zur Vereinigung der Berufsvereine handelt, ist er von sehr geringem Nutzen.

Darüber wollen wir in einem folgenden Aufsatze handeln.

### Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

Die im ersten Artikel (Nr. 49) über die französische Gewerkschaftsbewegung gegebene tabellarische Darstellung der Entwicklung der Gewerkschaften in Frankreich bis Ende 1890 sind wir heute in der Lage, durch neueste Zahlen noch ergänzen zu können. Nach bezüglichen Mittheilungen in Heft 8 der „Neuen Zeit“ (1891) bestanden bis September d. Js. in Frankreich insgesammt 3120 Gewerkschaften (gegen 2755 im Jahre 1890), wovon 1181 (1006) solche der Arbeiter, 1105 (1004) der Geschäftsinhaber, 120 (97) gemischte und 614 (648) landwirtschaftliche.

Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht des französischen Handelsministeriums beträgt die Mitgliederzahl der Syndikate gegenwärtig 596 380. Davon sind 106 157 selbstständige Gewerbetreibende, 205 152 industrielle Arbeiter und 269 298 in der Landwirtschaft thätige Personen. Der Zuwachs der Mitgliederzahl der Syndikate im laufenden Jahre betrug im Ganzen 114 947 Personen, davon 12 746 Unternehmer, 35 061 landwirtschaftlich thätige Personen, 65 460 Arbeiter und 16 777 Mitglieder gemischter Syndikate. Am meisten Syndikatsvereine bestehen: Im Baugewerbe, in der Metallindustrie, der Bäckerei, den Buchindustrien, der Weberei und Spinnerei, dem Großhandel in Getränten, dem Apothekergewesen, der Fußbekleidungsindustrie, der Hutmacherei, der Molkerei, dem Kleinhandel in Getränten und der Möbelindustrie.

### Wieder eine schwarze Liste!

Der „Volkswille“ in Hannover schreibt: Nachstehendes litographirtes Schriftstück befindet sich in unseren Händen. Wir übergeben es hiermit der Öffentlichkeit, damit diese sich ein Urtheil darüber bilden kann, in welcher Weise das Unternehmertum sich verbündet, um die Arbeiter niederzuhalten!

Daß Herr B. Körting, der schon wiederholt als Verbreiter und Verfasser schwarzer Listen gekennzeichnet wurde, die Bekanntheit des § 153 der Reichsgewerbeordnung gemacht hätte, ist uns noch nicht bekannt geworden, dagegen wissen wir, daß Arbeiter, welche in gleicher Weise über Fabrikanten die Sperre aussprachen, bestraft wurden. Diese Eigenthümlichkeit des modernen Rechtszustandes zu erklären, überlassen wir den hierzu berufenen Juristen, der Laienverstand reicht hierzu nicht aus.

Die Berrufserklärung lautet: Verein der Metall-Industriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete.

Hannover, den 26. November 1891.

Streik der Former der Herren Gebr. Westphal, Peine.

Wir theilen Ihnen mit, daß laut nachfolgendem Protokoll der gestrigen Vorstandssitzung bei den Herren Gebr.

Westphal, in Peine, ein Streit ausgebrochen ist, und ersuchen dementsprechend, die genannten acht Former bis auf Weiteres nicht in ihre Fabrik aufzunehmen.

Mit Hochachtung

Der Vorstand

B. Körting, Vorsitzender.

Protokoll

der Vorstandssitzung des Vereins der Metall-Industriellen der Provinz Hannover am 25. November 1891.

Anwesend: B. Körting, Dr. Nahdt.

Der Vorsitzende legt ein Schreiben der Herren Gebr. Westphal in Peine, nebst einer Anlage vor, aus welchem hervorgeht, daß 8 Former der genannten Firma derselben durch ein besonderes Schriftstück angedroht haben, sie würden die Arbeit niederlegen, falls zwei andere Former, welchen ordnungsmäßig gekündigt war, nicht wieder zur Arbeit zugelassen würden. Da dies nicht geschah, so erfolgte sofortige Niederlegung der Arbeit seitens der erwähnten acht Former. Obwohl diese acht Former ohne Kündigungsfrist angestellt waren und sie daher ohne Weiteres die Arbeit hätten niederlegen können, so charakterisirt sich das Vorgehen derselben durch die komplottmäßig ausgesprochene Drohung als Streit und ist demgemäß gegen jene acht Former statutenmäßig zu verfahren.

Es wurde demgemäß beschlossen, die Liste der unten genannten acht Former den sämtlichen Vereinsmitgliedern bekannt zu geben und dem Gesamtverbande deutscher Metall-Industrieller in Berlin von dem Streit aus dem Grunde Mittheilung zu machen, weil der Ort Peine in unmittelbarer Nähe der Bezirksverbände Braunschweig und Magdeburg gelegen ist.

Vorgelesen und genehmigt

gez. B. Körting.

(Folgen 8 Namen von Formern.)

Das Vorgehen des Vorstandes ist unerhört; wir sind zwar vom Verein der Metallindustriellen viel gewohnt und ihr Komplott, welches im Reichstage dieses Jahr enthüllt wurde, zeigte, daß für diese Herren der Begriff der Rechtsgleichheit zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nicht existirt! Aber eine solche Logik wie die in diesem Schriftstück vorhandene, ist wirklich noch nicht dagewesen.

Die 8 Former legten sofort ihre Arbeit nieder und zwar gesetzmäßig, ohne Kontraktbruch, weil sie — wie der Vorstand eingestehen muß, — ohne Kündigungsfrist angestellt waren und sie daher ohne weiteres die Arbeit hätten niederlegen können! Aber — ihr Vorgehen charakterisirt sich durch die komplottmäßig ausgesprochene Drohung als Streit!

Dieses Komplott wollen die bekanntlich so komplottfeindlichen Metallindustriellen bestrafen! Sie machen die 8 Former überal brodlos, sie wollen dieselben aus hungern!

Wahrlich — eine prächtige Illustration des freien Arbeitsvertrages!

Die Folge solcher Maßregelungen kann nur die sein, daß die Arbeiter schaarenweise der Sozialdemokratie zufließen; die Kluft zwischen Unternehmer und Arbeiter wird durch solche Berrufserklärungen nur erweitert.

Eingeschüchtert werden die Arbeiter dadurch doch nicht, nur immer mehr von der Ueberzeugung erfüllt, daß die vollständige Umänderung einer Gesellschaftsordnung notwendig ist, welche es ermöglicht, den Arbeiter, der gesetzmäßig um sein Recht kämpft, widergesetzlich in's Glend zu stoßen!

Die widerlichen Freundschaftsver Versicherungen des Unternehmertums gegenüber den Arbeitern werden durch solche Berrufserklärungen als das gebrandmarkt, was sie sind: als Heucheleien! Sollte es wirklich im deutschen Reiche keine Gesetze

geben, die solches Vorgehen wie das des Vorstandes der Metallindustriellen verhindern, dann wird das Gefühl der Rechtsicherheit für die Arbeiter den letzten Haht verlieren.

### Reichstags-Briefe.

Berlin, 12. Dezember.

Die zweite Berathung des Krankenlastengesetzes wurde vorige Woche beendet. Der § 75, der in den Altgläuberkreisen der freien Hilfskassen so viel besprochen wurde und der thymatisch über das Schicksal vieler dieser Kassen entscheiden wird, ist im Wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen worden, welche zwar im Vergleich zur ursprünglichen Regierungsvorlage eine erhebliche Verbesserung bedeuten, aber doch eine Verstärkung, ja Schädigung der freien Kassen herbeiführen werden, welcher viele derselben erliegen dürften. Und zwar sind dabei die alten Lokalkassen, die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtet wurden und sich bei Inkrafttreten des Kranken-Versicherungsgesetzes den Bestimmungen desselben anpaßten, um ihre Mitglieder vor den Zwangskassen zu bewahren, meist noch üblic daran, als die Zentralkassen. Der Zwang für die freien Kassen, ihren Mitgliedern künftig Arzt und Apotheke zu stellen, ist nämlich — wenn auch im Vergleich zur Vorlage einigermaßen gemildert — angenommen. Nun gehören in vielen Städten ältere Arbeiter zwei oder mehr solcher Lokalkassen an, um ein ihrem Arbeitsverdienst möglichst entsprechendes Krankengeld zu erhalten; für Arzt und Medikamente sorgen sie durch Zugehörigkeit zu einer Nebenzinnskasse (Sanitätsverein). Da nun die genannten Kassen künftig auch für Arzt und Apotheke zu sorgen haben, so würden ihre Mitglieder in die „glückliche“ Lage versetzt, von drei Doktoren zugleich sich „behandeln“ lassen zu können und auch die Mixturen und Tranklein, Salben etc. in dreifacher Quantität zu beziehen! Es bleibt daher solchen Versicherten nichts Anderes übrig, als ihre Mitgliederrechte in einer oder mehreren solcher Kassen fahren zu lassen und einer Ortskasse beizutreten, weil sie in dieser im Falle des Noth haben, von der freien Kasse, in der sie noch verbleiben, statt der Fürsorge für Arzt und Apotheke ein um ein Viertel des Betrages des ortsüblichen Tagelohnes ihres Beschäftigungsortes erhöhtes Krankengeld zu beanspruchen. Ob letzteres von den freien Kassen in ihrer Gesamtheit oder Mehrzahl auf die Dauer wird geleistet werden können, wagen wir hier nicht zu entscheiden. Jedenfalls wird der § 75 in seiner neuen Fassung eine größere Anzahl freier Lokalkassen und wohl auch diverse zentralkassirte Hilfskassen veranlassen, von der „Anpassung“ an das Gesetz zurückzutreten und sich auf Grund des Hilfskassengesetzes lediglich als Zuschußkassen zu organisiren. Hoffentlich sorgen sie bei dieser Umwandlung durch Schaffung einer genügenden Zahl von Beitragskassen und durch sonstige Bestimmungen dafür, daß das Zugreifen der „Organisirten“, wie man die Zwangskassen in unmaßlicher Weise nennt, bei sogenannter „Ueberversicherung“ verhindert oder doch entsprechend eingedämmt wird.

Der ganze neue § 75 lautet jetzt folgendermaßen:

„Mitglieder der auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 (Reichsgesetzbl. S. 128)

vom 1. Juni 1884 (Reichsgesetzbl. S. 64) errichteten Kassen sind von der Verpflichtung, der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer nach Maßgabe dieses Gesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, befreit (in der Regierungsvorlage hieß es: „sind zu befreien“), wenn die Hilfskasse, welcher sie angehören, allen ihren Mitgliedern oder doch derjenigen Mitgliederklasse, zu welcher der Versicherungspflichtige gehört, im Krankheitsfalle mindestens diejenigen Leistungen gewährt, welche nach Maßgabe des § 6 von der Gemeinde, in deren Bezirk der Versicherungspflichtige beschäftigt ist, zu gewähren sind. Die den Gemeinden in den §§ 6a und 7 gewährten Befugnisse stehen auch den eingeschriebenen Hilfskassen zu.

Tritt ein Mitglied einer eingeschriebenen Hilfskasse an einem Orte in Beschäftigung, an welchem das Krankengeld der Mitgliederklasse, der es bisher angehört, hinter dem von der Gemeinde Krankenversicherung zu gewährenden Krankengelde zurückbleibt, so ist dasselbe befreit, wenn binnen zwei Wochen die Versicherung in einer Mitgliederklasse mit ausreichendem Krankengelde nachgewiesen wird.

Mitglieder einer eingeschriebenen Hilfskasse, welche zugleich der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer auf Grund dieses Gesetzes errichteten Krankenkasse angehören, können an Stelle der freien ärztlichen Behandlung und Arznei eine Erhöhung des Krankengeldes um ein Viertel des Betrages des ortsüblichen

Tagelohnes (§ 8) ihres Beschäftigungsortes beanspruchen.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf Mitglieder solcher auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfsklassen Anwendung, deren Statut von einer Staatsbehörde genehmigt ist und über die Bildung eines Referendats den §§ 32, 33 entsprechende Bestimmungen enthält.

Der § 76 hat nachstehende Fassung erhalten:

Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, daß die Krankenkassen des Bezirks, deren Mitgliedschaft von der Verpflichtung, der Gemeinde-Krankenkasse anzugehören, befreit, jeden Austritt eines versicherungspflichtigen Mitgliedes oder dessen Uebertritt in eine niedrigere Mitgliederklasse binnen einer Woche bei der gemeinsamen Meldestelle (§ 49 Absatz 6) oder in Ermangelung einer solchen bei der Aufsichtsbehörde zur Anzeige bringen.

Für Hilfsklassen, welche örtliche Verwaltungsstellen errichtet haben, trifft diese Verpflichtung die örtlichen Verwaltungsstellen, welche in dem Bezirk der Aufsichtsbehörde ihren Sitz haben.

Ein heftiger Kampf entbrannte noch einmal bei den vorgeschlagenen Änderungen der Straf- und Strafbestimmungen. Im § 82 wird u. A. den Unternehmern, welche ihren Arbeitern das Krankengeld zwar abziehen, es aber in die eigene Tasche stecken, Gefängnis bis zu einem Jahre angedroht. Von sozialdemokratischer Seite wurde dazu beantragt, und zwar unter ausführlichem Hinweis auf die skandalöse Thatsache, daß in Berlin zahlreiche sogenannte Bauunternehmer Zehntausende von Mark, die sie den Arbeitern abgezogen haben, unterschlagen wurden und daß die Klassen an Eintreibungskosten noch Tausende auszugeben hätten, ohne jedoch zu ihrem Geld zu gelangen, die Bestimmung so zu fassen, daß die Strafe verhängt werde, wenn die abgezogenen Beträge „nicht an die Klasse abgeliefert werden“, weil damit solche Gauner besser getroffen werden könnten, als wenn es heißt: wenn die Beträge „in eigenem Nutzen verwendet“ werden, denn mancher der rauen Herren werde immer in der Lage sein, unter geeigneter juristischer Beihilfe den „Nachweis“ zu erbringen, daß er die abgezogenen Gelder zwar an die Klasse, der sie gehören, nicht abgeliefert, aber auch nicht „in eigenem Nutzen verwendet“ habe. Da aber der hohe Reichstag nach der Unternehmenseite hin nie „allzu schroff“ werden kann, so wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und dem § 82 folgende Fassung gegeben:

„Arbeitgeber, welche von ihnen beschäftigten, dem Krankenversicherungszwange unterliegenden Personen bei der Lohnzahlung vorzüglich höhere als die nach §§ 53, 55 zulässigen Beträge in Anrechnung bringen, oder der Bestimmung des § 53 Absatz 2, oder dem Verbot des § 80 entgegenhandeln, werden, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine härtere Strafe eintritt, mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Haft bestraft. Vertreter oder Beauftragte der Arbeitgeber, welche den Bestimmungen im Absatz 1 zuwiderhandeln, trifft die gleiche Strafe. Arbeitgeber, welche auf Grund des § 53 Absatz 2 in Abzug gebracht Lohnbeiträge in eigenem Nutzen verwenden, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind widerstandsfähige Vorstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu neuhundert Mark erkannt werden.“

Statt am 1. Oktober 1892 soll das Gesetz erst am 1. Januar 1893 in Kraft treten. Damit gibt man zu, daß dasselbe tiefreichende Änderungen für zahlreiche der bestehenden Organisationen hervorgerufen wird. Die dritte Lesung, welche wenige oder keine Änderungen mehr bringen wird, soll das Haus gleich nach Neujahr beschließen, so daß das Gesetz im Monat Januar für und fertig werden wird. Es bleibt dann den Klassen, welche durch diese allernachste „Licht- und Schattenverteilung“ so reichlich mit Schattenspendung bedacht werden, wenigstens Zeit, die Vorlagen für ihre Generalversammlungen und die sonstigen Vorbereitungen für die nötig werdenden Änderungen mit Ruhe treffen zu können.

Als Anhangsel zu § 8 wurde folgende Resolution angenommen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, daß in sämtlichen Bundesstaaten die Feststellung der ersatzlichen Tagelöhne nach thunlichst gleichen Grundsätzen und den thatsächlichsten Tagelohnsätzen gewöhnlicher Lagerarbeiter entsprechend erfolge.“

Eine außerst interessante Debatte lief am Mittwoch dieser Woche der von Rebel vorzüglich begründete sozialdemokratische Antrag hervor. Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Thatsachen mit dem Rechte der Zeugenernehmung einzusetzen.

Wir brauchen unseren Lesern nicht erst

des Näheren auseinander zu setzen, von welcher hoher Wichtigkeit die Annahme dieses Antrages im Interesse der statistischen Wissenschaft wäre und wie auf Grund desselben in so manchen finsternen Winkel unserer Gesellschaft hineingeleuchtet werden könnte, der jetzt den Augen des unbeeinflussten Forschers gar sorgsam verschlossen bleibt. Die Ergreiftionäre auf allen Gebieten, die Ultramontanen und Konservativen, sprachen sich mit der ganzen ihnen eigenen Brutalität gegen den Antrag aus. Der ultramontane Nebner wachte von Köln brachte sogar damit, daß einer solchen „Ausdehnung der Machtbefugnisse des Reichstages“ die Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts entgegengesetzt werden könnte. Die Linke sprach sich sympathisch aus. Der Antrag wurde zur weiteren Vorberatung an eine besondere Kommission verwiesen, in der unsere Leute schon dafür sorgen werden, daß er nicht darin begraben wird.

Die letzten drei Tage dieser Woche gehörten der ersten Beratung der Handelsverträge, Bismarck, der von seinen national-liberalen und sonstigen, allerdings nicht mehr sehr zahlreichen, „Getreuen“ bestimmt erwartet worden war, zog es vor, nicht zu erscheinen! Erstens hat er „sein Haus“ in Berlin, zweitens duldet er kein Keimbildnis Schwenninger nicht, und drittens „kann Otto es mit seinem „Gewissen“ (1) nicht vereinbaren, an der Beratung teilzunehmen, weil den Abgeordneten nicht genügend Zeit gelassen sei, über die Vorlage ordentlich nachzudenken.“ Einer solchen Blamage hat sich doch so leicht noch kein gewesener „großer Staatsmann“ ausgesetzt.

Sein Nachfolger verstand es übrigens ganz vortrefflich, sich in mehreren großen Reden als ein Mann vorzustellen, der die Interessen der Bourgeoisgesellschaft durchaus versteht und sie zu wahren beachtlich.

Da die Verträge in ihrer Gesamtheit immerhin einige Erleichterungen gegenüber den selbsterhaltenen Zuständen bedeuten und durch sie insbesondere mit dem verrückten Schutzsystem gebrochen und in andere Bahnen des Wohlverhaltens eingelenkt wird, so werden die Arbeitervertreter für dieselben stimmen, ohne jedoch lehrbühnend, wie sie das auch durch ihren Fraktionsredner Singer erklären ließen, damit die Verantwortlichkeit für die immer noch viel zu hohen Lebensmittelpreise zu überschmen, für deren gänzliche Abschaffung sie nach wie vor unentwegt kämpfen werden.

Kommissionsberatung wurde mit offen gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und Antisemiten abgelehnt und es findet deshalb die zweite Beratung sogleich im Plenum statt.

### Korrespondenzen.

#### Dreher.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Mitglieder des früheren Dreher-Gesellschafts fand am Dienstag, 17. Novbr., im „Hammonia-Gesellschaftshaus“, statt. Nachdem der Einberufer den Zweck der Versammlung erläutert, wurden Weinheber und Dreideneich in das Bureau gewählt. Der Vorsitzende, Weinheber, erhielt sodann dem Kassierer der Liquidations-Kommission das Wort, behufs Rechnungsablage des früheren Dreher-Gesellschafts. Die Rechnungsablage, welche nicht klar und übersichtlich genug war, wurde von den Versammelten als nicht geregelt entgegengenommen und entstand betreffs der von einzelnen Mitgliedern noch ausstehenden Konten von Marken, Karten und Extramarken hinsichtlich der Nachlässigkeit der Betreffenden, insbesondere daß dieselben trotz mehrfacher Aufforderung nicht zur Rechnungsabgabe erschienen und die Liquidationskommission dadurch in ihrer Arbeit gehindert haben, eine lebhaft diskussion und wurde von verschiedenen Anträgen der folgende angenommen: „Die Liquidations-Kommission wird hierdurch ermächtigt, die rückständigen Beiträge und die Summe der Marken und Karten, welche einzelnen Mitgliedern anvertraut sind, im Zeitraum von 14 Tagen einzutreiben, widrigenfalls der Liquidationskommission das Recht der zwangsweisen Eintreibung und strafrechtlichen Verfolgung wegen Unterschlagung zusteht. Bezüglich der Darlehen sind Vereinbarungen in demselben Zeitraum zu treffen und ist der Rechenschaftsbericht deutlich und klar der demnächstigen Versammlung vorzulegen.“ Hierauf erteilte der Vorsitzende Herrn Wielenz, behufs Rechnungsabgabe über die Delegiertenkosten nach Frankfurt a. M. das Wort. Derselbe verlas seine Abrechnung, welche eine Einnahme von 68,90 und eine Ausgabe von 67,60 an den Delegierten Baugner ergab. Der Ueberschuß von 1,30 ist an die Liquidationskommission abgegeben. Nachdem somit alle Punkte der Tagesordnung erledigt, schloß der Vorsitzende die öffentliche Versammlung. Im Anschluß an die öffentliche

Versammlung fand sodann die Versammlung des D. M.-Z., Filiale Hamburg, Sektion der Schlosser, Maschinenbauer und Dreher statt. Der Vortrag von Lorenz über Krisen und ihre Entstehung wurde auf Antrag des Vorsitzenden bis zur nächsten Versammlung vertagt. In dem Bericht der örtlichen Verwaltung wurde die Lokalfrage, sowie Zahlstellen-Errichtung erledigt. Betreffs des allgemeinen Vermögens aller Sektionen wurde das separate Vermögen der Sektion Kassier und die Vermögenskommission ihrer Verpflichtungen entbunden. Es wurden dafür Beant, Müller und Schmeer zur Vermögenskommission über diese Angelegenheit gewählt, welche nach der nächsten kombinierten Vorstandssitzung mit den von anderen Sektionen gewählten einen Gesamtvormögens-Ausschuß bilden. Ein Antrag Jagen wurde nach lebhafter Debatte dem Vorstande zur weiteren Erledigung bis zur nächsten Versammlung überwiesen. Die Wahl von vier Kommissionsmitgliedern zur Ueberwachung der Sonntagsarbeit wurde aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Da Baugner nicht erschienen war, mußte der Bericht vom Kartell bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Die Abrechnung wurde mit dem Wünsche angenommen, daß die einzelnen Beiträge von den Einnahmen und Ausgaben getrennt, deutlich besagen, was mit dem am Orte verbliebenen Gelde (33 1/3 Proz.) gemacht worden ist, daß überhaupt bei der nächsten Vorlesung die Abrechnung an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Nachdem noch verschiedene Anträge zur nächsten Tagesordnung eingebracht worden, schloß der Vorsitzende die ziemlich gut besuchte Versammlung.

#### Formen.

Der internationale Arbeiter-Sekretär für Dänemark berichtet:

In der Schiffsbauerei Maschinenfabrik, Aktien-Gesellschaft, Burmeister u. Wain in Kopenhagen haben sämtliche Formen und Gießereiarbeiter (ca. 100 Mann) die Arbeit eingestellt. Die Veranlassung hierzu gab das brutale Auftreten des Gießereimeisters Hansen. Derselbe soll sich in gleicher Weise auch schon in Deutschland (Hensburg und Wilhelmshafen) bemerkbar gemacht haben.

Die Ausstehenden sind fest überzeugt, daß sie den Sieg davon tragen, wenn kein Zugung von Deutschland stattfindet und bitten diesen streng fern zu halten.

Wir erwarten von den deutschen Arbeitern, daß sie diesem Wünsche Folge geben und dadurch den Beweis liefern, daß sie bereit sind, die internationale Solidarität zu bekräftigen. Adresse in Kopenhagen: J. Jensen, Brøgevejstræde 11-12 Sal. Die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.

#### Bernburg.

Nachdem wir längere Zeit nichts von uns hören ließen, wollen wir wieder etwas in die Öffentlichkeit bringen. Leider ist es wie gewöhnlich nichts Gutes. Es ist die Fabrik W. Siedersleben, bekannt durch den schneidigen Herrn Hübner. Nachdem die Formen dieser Fabrik im Sommer ausgeperrt waren, weil sie sich eine derartige Behandlung, wie sie ihnen zu Teil wurde, nicht mehr wollen gefallen lassen, suchte man mit Eifer nach denjenigen Personen, welche für die Formen Unterhaltung in Empfang nahmen, man soll sogar demjenigen eine hohe Belohnung geboten haben, der zum Verräther an seinen Kollegen würde. Der Liebe Mühe war aber umsonst. Mittlerweile war aber der D. M.-Z. in Funktion getreten. Auch hier in Bernburg hatte sich eine örtliche Verwaltungsstelle gegründet und die Arbeiter der betreffenden Fabrik traten derselben bei. Vor kurzer Zeit nun ging ein alter Mann, der selber nur Proletarier ist, in's Komptoir und denunzierte die in der Fabrik beschäftigten Vorstandsmitglieder, in der Meinung, ein gutes Werk zu thun. Der schneidige Ingenieur oder was er sonst sein mag, wußte nun nichts Besseres zu thun als die betreffenden zwei Personen sofort hinauszuerufen, um so die Fabrik vor dem Untergang zu retten, obgleich der p. Hübner gelegentlich eines Gesprächs im Sommer erklärte: „Es ist mir ganz gleich was der Arbeiter für eine Farbe hat, wenn er nur seinen Pflichten nachkommt.“ Hieraus ersieht man, wie es mit der Arbeiterfreundschaft dieser Herren bestellt ist, die den Arbeiter ausnutzen und auspressen auf jede Art und Weise und ihn schließlich, wenn es ihnen gefällt, hinauswerfen. Darum ist es Pflicht der Arbeiterfront zu machen gegen diese Sorte Herren. Allen Metallarbeitern Bernburgs rufe ich zu: Tretet alle unserer Verbände bei, damit derartige Zustände aus der Welt geschafft werden können.

#### Wolgast.

Wir haben die Kollegen schon früher vor Zugung nach der Gießerei von Artur Koppel in Wolgast gewarnt, wir müssen dies jetzt zum zweiten Male thun, da wir seit dem 8. Dezember wegen Lohnunterschieden im Streit liegen. Der Grund dieses

Streits ist folgender: der Meister unserer Gießerei erklärte vorige Woche, er könne uns für die Arbeit den Preis von 6 Mark pro Zentner nicht mehr zahlen, und zog uns 150 ab. Bei dem alten Lohn verdienten wir höchstens 16,50 pro Tag bei 12 stündiger Arbeitszeit. Schon da wollten wir die Arbeit niederlegen, aber wir bedachten uns und arbeiteten für diesen Hungerlohn weiter. Als aber am Dienstag früh auf einem Plakat bekannt gemacht wurde, daß jedem Formner pro Tag 25 Pf. abgezogen werden sollte für Moosfandmachen und Schmelzen, da legten alle nach mißglücktem Versuch zu gütlichem Ausgleich die Arbeit nieder. Darunter sind 5 Verheiratete mit 9 Kindern. Wir bitten unsere Kollegen, uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen und Zugung fern zu halten. Mit kollegialischem Gruß! Das Sekretariat.

#### Metall-Arbeiter.

##### Apolda.

Sonnabend, 5. Dezember, fand hier eine Metallarbeiter-Versammlung statt. Dieselbe war von hiesigen Verhältnissen entsprechend ziemlich gut besucht. Nachdem die ersten zwei Punkte der Tagesordnung erledigt, hielt Kollege Koppe einen Vortrag über die allgemeine Vergarbeiterbewegung. Nebner erläuterte in verständlicher Weise die Bedeutung und den eigentlichen Ursprung der Vergarbeiterbewegung und warf in weiteren Verlaufe seines Vortrages die Frage auf, ob die von den Vergarbeitern aufgestellten Forderungen berechnigt waren oder nicht. Nebner behandelte diese Frage. Hieran gab Kollege Müller der Versammlung einen klaren Einblick in die oft traurigen Verhältnisse der Vergleute durch Schilderung seiner eigenen Erlebnisse im sächsischen Bergbau-Distrikt. Nachdem er der noch jungen aber kräftig ausblühenden Vergarbeiterorganisation mit einigen Worten Erwähnung gethan, schloß derselbe mit einem warmen Appell an die hiesigen Metall-Arbeiter, ihrer Organisation, dem deutschen Metallarbeiter-Verbande beizutreten, damit derselbe die Aufgaben, welche er sich gestellt, die Befreiung der Arbeiter vom Druck des Kapitals, zu erfüllen vermöge. Im Verlaufe der Rede kamen die Verhältnisse der Maschinen-Fabrik von Bruno Knoyplach zur Sprache. Nach dem Gehörten muß diese Fabrik in der That ein reines „Eldorado“ für die Arbeiter sowohl, wie für die in großer Zahl vorhandenen Lehrlinge sein. Es werden in dieser Fabrik vielleicht 15 bis 18 Gehilfen und 10-12 Lehrlinge beschäftigt. An Aufsichtspersonal ist vorhanden: 1 Werkführer „erster Qualität“, 1 Ingenieur oder Techniker, oder was der junge Mann sonst vorzuziehen will. Denn daß es mit den Kenntnissen dieses Herrn Ingenieurs recht windig ausseht, hat er beim Bau seiner elektrischen Maschine, welche in's alte Eisen wandern mußte, deutlich bewiesen. Dann ist noch der Herr Prinzipal vorhanden. Dieser Herr selbst ist ja sonst ein ganz humaner Mann nach den gewöhnlichen Begriffen. Gibt nun der Werkführer einem der Gehilfen einen Auftrag, so wird dieser Auftrag nach einer halben Stunde von dem hinzukommenden Herrn Ingenieur ganz einfach mit den Worten aufgehoben: „Geht machen sie das, was geht mit der Werkführer an u. s. w.“ Kommt nun der Herr Prinzipal und verlangt eine Arbeit gemacht und es wird ihm gesagt, man müsse erst dies oder jenes machen, der Herr Sohn habe es befohlen, so heißt es: „Ach was, der hat nichts zu jagen, nämlich der Herr „Ingenieur“. Schlimmer ergeht es aber den armen Jungen. Diese wissen thatsächlich oft nicht was sie zuerst machen sollen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, von allen drei Vergesetzten ein paar „Gefahren“ zu erhalten. Wären nun die Arbeiter, hauptsächlich die alten Leute, welche auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung ständen, so würden sie eine solche Wirklichkeit gewiß ganz entschieden zu bekämpfen suchen. Leider ist dies aber nicht der Fall, dieselben leben in ihrem Dusele darin und bekämpfen sich untereinander selbst durch ihre Speichelleckerei. Und wollen die paar wirrlich Aufgeklärten Front gegen dieses System machen, so werden sie von den alten Arbeitern ganz einfach ausgelacht. Und sehr richtig bemerkte Kollege Meier, daß diese Kollegen nicht früher zur Bejüngung kommen würden, bis man sie an die Luft setze, wie es ja schon Einigen hat ergehen sollen. Er würde lieber den Wanderstab erziehen, als seine Gesundheit in dieser Knochenmühle auf's Spiel setzen.

##### Bremen.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: „Der Streit über die Form der Gewerkschaftsorganisation“, tagte am Dienstag, den 1. Dezember, in der Vereinshalle. Nachdem das Bureau konstituiert war, erhielt Herr E. Grenz-Chemnitz das Wort. Bevor Nebner auf die Tagesordnung übergieng, bemerkte er, es täme häufig vor, daß von Versammlungen, wo er spreche, die Berichte entstellten an die Blätter geschickt würden, namentlich geschehe dieses mit der „M.-A.-Z.“ Er erjuchte deshalb die Herren, die sich damit be-

fakten, ihre Berichte wahrheitsgetreu zu bringen. Der Redner geht sodann den Näheren ein auf die Metallarbeiter-Bewegung im Allgemeinen, und ist es wohl nicht von großer Wichtigkeit, es hier zu wiederholen. Redner kommt sodann bei der Streitfrage unter den Metallarbeitern zu dem Schluss, daß Streitigkeiten immer bestanden hätten, sie beständen jetzt und würden in Zukunft bestehen, das schade auch nichts wenn Streitigkeiten vorhanden wären, dadurch würde die Sache am ersten geklärt, nur müßte dem Streit die Spitze abgedreht werden, man solle nicht ein paar Personen die Schuld an der Uneinigkeit in die Schuhe schieben, daß die nur die Schuld hätten, noch dazu so ein paar simple Personen wie er, Referent und Schwarz, seien. Sie seien durch die Verhältnisse dazu gezwungen worden, so zu handeln, wie sie gethan. Referent ist persönlich der Meinung, daß wir am besten vorwärts kämen, wenn wir nur einen Gewerkschaftsverein hätten, wie wir nur eine politische Partei haben, aber die Verhältnisse gestatten es noch nicht, namentlich sei der indifferente Arbeiter leichter zu Branchen- wie zu allgemeinen Organisationen heranzuziehen, die Gewerkschaftsbewegung müsse langsam allmählich gefördert werden, man müsse mit Steinem anfangen und mit Brodem enden, und nicht umgekehrt, wie es der Frankfurter Kongreß gethan hätte, die Grundlage der Organisation solle die einer Kampfesorganisation sein, keine Unterstützungs-kasse. Nur an der Unterstüßung werde der Metallarbeiter-Verband zu Grunde gehen. (Und die Schwarz Grenz'sche Schöpfung? Dabei ist es charakteristisch, daß gerade Grenz es war, dem die Unterstüßungsdauer nicht weit genug ausgedehnt werden konnte. Was die „Kampforganisation“ betrifft, da möge er sich nicht die Köpfe anderer Leute zerbrechen. N. d.) Eine solche Majorität wie auf dem Frankfurter Kongreß erkennt Redner nicht an, nur ein allgemeiner Gewerkschafts-Kongreß sei maßgebend, wie sich die gewerkschaftliche Organisation zu gestalten habe, es möchten da noch so viele Resolutionen und Beschlüsse gefaßt werden (in Frankfurt), damit würde die Gegenansicht nicht aus der Welt geschaffen, das beweise der Erfurter Parteitag betreffs der Opposition. (Der aber mit der „Opposition“ reinen Tisch machte. Red.) Anstatt auf anderen Leuten herumzuzeihen, sollten die Nürnberger Herren nur vor ihrer eigenen Thüre stehen, da hätten sie Schmutz genug. (Wie wär's, wenn uns Grenz etwas helfen wollte, um ihn hinweg zu räumen? Red.) Ueber den Entwurf der Generalkommission hätte die „M. A. Z.“ in einer Weise geschrieben, die einschneiden zu verurtheilen wäre. (Das Grenz'sche Sprüchlein über die Organisationsfrage haben wir nun schon so oft gehört, daß wir's auswendig können. Es wäre uns bloß erwünscht zu wissen, ob er als offizieller oder als privater Verteidiger der Generalkommission fungirt. Red.) Nachdem Redner noch des Näheren auf den Frankfurter Kongreß eingegangen war, speziell den der Forster, schloß er seinen Vortrag. Es sprach sodann Herr A. Bartels, und stellte Redner die Behauptung auf, der M. A. Z. sei nur in Süddeutschland maßgebend, während im Norden der Schlosser-Verband die Hauptrolle spiele. Demnach scheinen die Herren einen eigenthümlichen Begriff zu haben, wenn sie Hamburg und Bremen als Norddeutschland bezeichnen. Es wurde sodann noch behauptet, die „M. A. Z.“ befürchte nur ihre Existenz, deswegen trete sie für den Verband ein. Es wurde sodann dem Referenten wie Herrn Bartels von verschiedenen Seiten widersetzt, worauf Seitens der Forster noch Jungmann sprach. Sodann entwickelte Herr Bartels sein Medientalent nochmals, und brachte nur noch Persönliches vor, wie vom vorjährigen Schlosser-Kongreß, auch noch betonend, daß die Nürnberger Forster schon wieder vom Verband abgefallen seien (da wird Freund Bartels noch lange warten dürfen, bis das eintritt. Red.), und es würde wohl nicht lange dauern, daß andere Städte folgten. Auch behauptete er, daß die Bremer Metallarbeiter kein Interesse am Metallarbeiter-Verband hätten, das hätte die Versammlung bewiesen, in welcher Genosse Emmel sprechen sollte. Bartels wurde dann aber mit seinen unwahren Behauptungen gründlich abgefertigt. In Betreff Emmel wurde ihm erwidert (was Herr Bartels selbst sehr gut wußte), daß keine Metallarbeiter-Versammlung einberufen war, sondern eine Werksattbelegiertenversammlung, weil während des Freimarktes kein größerer Saal zu haben war und die Versammlung zu spät bekannt gemacht wurde. Am Schlusse der Versammlung verlangte Bartels dann nochmals zu einer persönlichen Bemerkung das Wort, um wieder auf Personen herum zu treten. Es wurde die Versammlung dann so lärmend, daß der Redner nicht mehr verständlich war, und sah sich der Vorsitzende genöthigt, die Versammlung 12 1/4 Uhr zu schließen. Es war vor Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem

Vorschlag der internationalen Metallarbeiter-Konferenz zu Brüssel einverstanden, und ernannt Herrn M. Segig in Fürth zum internationalen Vertrauensmann der Metallarbeiter Deutschlands.“ Folgende Resolution (Jungmann) wurde mit 27 gegen 17 Stimmen angenommen (vor der Abstimmung war ein großer Theil der Anwesenden fortgegangen, weil der Referent ja erklärt hatte, Resolutionen und Beschlüsse hätten keinen Werth): „Die heutige in der Vereinshalle tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, erklärt die zentrale Berufsorganisation mit eigener Bewegungsfreiheit, verbunden zu einer Union, den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessen, für die zweckmäßigste Organisation, spricht ihre Mißbilligung über das Vorgehen der „M. A. Z.“ und der Redaktion aus, und hofft im Interesse der gesammten Arbeiterschaft in nächster Zeit eine Organisationsform entstehen zu sehen, welche in Zukunft solche Streitigkeiten so leicht nicht wieder auskommen läßt, und die sämmtlichen Arbeiter dann ihrem ersehnten Ziele bedeutend schneller näher kommen läßt.“ — Anschließend haben die Branchen-Verbände durch Annahme der letzten Resolution etwas errungen, aber in Wirklichkeit haben sich namentlich die Schlosser durch Bartels bedeutend mehr geschadet als genutzt, erklärte doch selbst der frühere Vorsitzende, Genosse Fürtze, daß er gegen den Schlosser-Verband sei. Was die hiesigen Metallarbeiter für ein Interesse am Metallarbeiter-Verband haben, werden wir sehen, wenn ein Referent vom Verband hier sprechen wird.

Heinrich Büblemann, Schriftführer.

**Baden-Baden.** Am 5. Dezember hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. A. ihre Mitgliederversammlung ab. Von Kollege Gunglin wurde Bericht über den Arbeitsnachweis erstattet, er beantragte hierbei eine Kommission zu wählen, welche dafür zu sorgen hat, daß die zugehörigen Kollegen gut beherbergt werden. Der Antrag wurde angenommen und 2 Kollegen gewählt. Dann wurde über die am 3. Januar in Simons Saalbau abzuhaltende Weltkongressfeier sämmtlicher Gewerkschaften debattirt. Auf Vorschlag von Kollege Neuer wird eine Bibliothek gegründet und Lesende eingerichtet. Der von Kollege Groß gestellte Antrag, zu Weichraden mit der Jehnfrundenfrage und Lohnerhöhung vorzugehen, fand Annahme. Nachdem für die streikenden Buchdrucker gesammelt, hielt Genosse Hüber im letzten Punkte einen Vortrag über die moderne Arbeiterbewegung. (Wir ersuchen den Schriftführer, in Zukunft das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben, und zwar mit Tinte; außerdem die Zeilen so weit auseinander zu halten, daß genügender Raum zu Korrekturen vorhanden ist. Red.)

**Düsseldorf.** Wie weit es der Kapitalismus im Auffaugen menschlicher Arbeitskraft gebracht hat, davon können auch die hiesigen Arbeiter mancher Diebelen singen. Damit die auswärtigen Genossen nicht auf den Leim von Ausbeutern hereinfallen, sei Folgendes bemerkt: Es befindet sich hier die Maschinen-Fabrik von Kle in u. Hund, die von der Mehrzahl der hiesigen Arbeiter als Knochenmühle oder Taubenschlag bezeichnet wird. Diese Firma hat, wie es scheint, sich zur Aufgabe gestellt, den durchreisenden Metallarbeitern Beschäftigung zu geben, aber — fragt mich nur nicht wie und wie lange. In vielen auswärtigen Zeitungen sucht sie Metallarbeiter, wie Schlosser, Dreher, Hobler u. s. w. und schert „dauernde und lohnende Arbeit“ zu. Viele gehen auch auf diese Verlockungen ein, gezwungen durch die schlechte Geschäftskonjunktur. Kommen sie hierher und fangen zu arbeiten an, so werden ihnen Preise geboten, die aller Beschreibung spotten; dazu kommt noch die „noble“ Behandlung seitens der Unterbeamten, wodurch es die Arbeiter schon in den ersten Tagen satt bekommen und nur auf den Augenblick sinnen, aus dieser Goldgrube zu entkommen. Da sich bei diesem Geschäftsgang so leicht kein Arbeit findet, wird dadurch in Düsseldorf die Reserve-Armee vergrößert. Aus diesem Grunde hat sich die Verwaltungsstelle des D. M. A. die Aufgabe gestellt, speziell diese Firma etwas genauer zu beobachten. Es wurde auch halb eine neue Ausbeutungsweise dieser Firma entdeckt. Ein Wittinhaber, Müller, der Firma ließ die Beihlinge (ceren sind nicht wenig) in's Komptoir kommen und machte ihnen folgende Ueberrastung: „Wer von Euch von jetzt ab nicht 2 M den Tag verdient, der kann sich lieber zum Thore hinausbeeren.“ Dabei steht die Mehrzahl dieser Jungen im Tagelohn von 50 A. Und trotz derartiger Verhältnisse sind noch Arbeiter dort, die es nicht der Mühe werth halten, sich dem D. M. A. anzuschließen, um Mann für Mann zu kämpfen für die Beseitigung solcher Zustände. Die hiesige Zahlstelle macht nicht nur über derartige Zustände, um sie an den Pranger zu stellen, sondern schüttet zugleich ihre Mitglieder vor manchen Ueberrastungen

der Fabrikanten. — Ferner ist die Zahlstelle bemüht, bei ihren Mitgliedern durch eine reichhaltige Bibliothek, durch Vorträge Aufklärung und Bildung zu schaffen. So hat auch wiederum am 22. November ein Vortrag mit Experimenten von Herrn Ingenieur Arlib über Elektrizität stattgefunden, aus welchem wir Nachstehendes hervorheben möchten. Die Elektrizität, eine Erfindung der Neuzeit, so stüzte Redner aus, sei eine in den Dienst der Menschheit gezwungene Naturkraft und entsteht durch Auflösung verschiedener Stoffe untereinander, welche dadurch aber keineswegs, wie die Köpfe bei der Dampfmaschine, vernichtet, sondern in ihrem vollen Wertquantum gewonnen und benutzt werden können. Außerdem besitze auch jeder Körper mehr oder weniger von dieser Kraft, die man früher im Magnetismus wahrgenommen hatte. Durch verschiedene Strömungen, resp. Leitungen habe man die hierdurch erzeugten geringen Kraftansammlungen zu einer einzigen, großen Kraft vereinigt. Demnach seien Magnetismus und Elektrizität sehr enge mit einander verknüpft. Diese Naturkraft habe noch eine große Zukunft. Die Kraft des ganzen Rheinlaufs lasse sich auf 18—20 Millionen Pferdekraften tagiren, welche im Stande wären, die sämmtlichen Dampfmaschinen der Erde zu ersetzen, wenn nur die nöthigen Leitungen vorhanden wären. Der Telegraph und das Telephon bedürften allerdings nicht vieler Kraft im Verhältnis zu einer Betriebsmaschine, weshalb sie auch schon viel früher Verwendung finden konnten. Unter den heutigen Verhältnissen sei die Dienstverwahrung der Elektrizität nur in sehr geringer Maße zu bewerkstelligen, weil die Klaffengegenstände und Interferenzstellen in unserem wirtschaftlichen Leben dies verhindern und andernfalls bei der geringen Anzahl von Kapitalisten, die statt mit Dampf mit Elektrizität produziren, allen daraus entspringenden Vortheil zur Verschärfung der Klaffengegenstände ausschlagen lassen. Die Vergesellschaftlichung des Besitzes sei also erst erforderlich, um diese staunenswerthe Erfindung zum Nutzen der gesammten Menschheit in Anwendung bringen zu können. Das allerdings sei nur noch eine Frage der Zeit. Nach menschlichen Begriffen solle überhaupt jede Erfindung der gesammten Menschheit zu Gute kommen und nicht nur, wie dies die heutige Unvernunft der Produktion erheischt, einzelnen Wenigen unendlichen Reichtthum spenden, während die große Masse der Arbeiter hierdurch zur Arbeitslosigkeit und zum Elend verbannt werde. Sehen wir uns, so schließt der Redner, zum Vergleiche die Elektrizität in der Natur an, mit welcher Erbarmungslosigkeit und Vernichtungswuth sie sich unseren Augen zeigt, so müssen wir uns doch erhaben fühlen, wenn wir sehen, wie es der Menschengeist möglich gemacht hat, dieses fürchterliche Element nicht nur unschädlich für die Menschheit, sondern sogar in erstaunlichem Maße gehorsam und nützlich für dieselbe zu machen.

**Dortmund.** Der Fachverein der Klempner hat sich aufgelöst, die Mitglieder sind sämmtlich in den Metallarbeiter-Verband übergetreten, dem auch das Baarvermögen überwiesen wurde.

**Gulda.** Hier ist eine Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes gebildet.

**Gassen.** Am 23. November hielt die hiesige Verwaltungsstelle, Sektion der Schlosser zc. eine Versammlung ab, welche schwach besucht war. Die Schuld mag wohl darin zu suchen sein, daß 3 Vorstandsmitglieder gewachseheit wurden. Es wird nun zwar eine Maßregelung bestritten, sondern gesagt, der schlechte Geschäftsgang sei an der Entlassung schuld; es ist jedoch Thatsache, daß vor 14 Tagen mehrere Kollegen neu eingestellt wurden. Die entlassenen Vorstandsmitglieder hatten z. Th. 2—4 Jahre zur Zufriedenheit gearbeitet. Wir sehen diese Maßregelung als einen Vorstoß gegen unsere Organisation an. Da alle Kampfmittel, die man bisher angewandt, uns nicht zu erschüttern vermochten, so greift man dazu, das rothe Geipensst aufzumischen zu lassen, man erklärt unsere Organisation für sozialdemokratisch. Es ist das immer das beliebte Mittel, um die Bürger gegen die Arbeiter aufzuheben. Aber man wird uns nicht wankend machen. Die Metallarbeiter von Gassen werden zusammenhalten trotz aller Aufsetzungen.

**Halle a. S.** Am 5. November fand im Saale der Moritzburg eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag auf Vertagung der Versammlung und Einberufung derselben in ein anderes Lokal gestellt. Veranlassung zu diesem Antrag war der Vorstoß gegen die hiesigen Brauereien. Der Antrag wurde aber, nachdem Herr Moritz erklärt hatte, daß er kein hiesiges Bier führe, gegen 23 Stimmen abgelehnt. Dann wurde zur Tagesordnung übergegangen und zum 1. Punkt derselben: „Der Stand der Buchdruckerbewegung am hiesigen Platze“, dem Referenten Herrn Buchdrucker Birsch, das Wort ertheilt. Derselbe beleuchtete die Ver-

hältnisse seines Gewerbes in klarer und allgemeinverständlicher Weise. Redner wies nach, wie die Prinzipale von jeher bemüht gewesen sind, die gegenfeitig getroffenen Vereinbarungen wieder illusorisch zu machen, wie dieselben in ihrer Presse auf die schamloseste Weise gegen die Forderung der sich im Kampfe um den Neunstundentag befindlichen Geschüften vorgingen. Redner kommt zu der Schlussfolgerung, daß trotz aller Lügen und Verächtlichkeiten doch die beste Hoffnung auf einen baldigen Sieg der Geschüften vorhanden sei. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in der Moritzburg tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Herrn Birsch, voll und ganz einverstanden und verspricht, die im Streit sich befindlichen Buchdrucker-Geschüften finanziell nach besten Kräften zu unterstützen.“ Zum 2. Punkt, Wahl eines Vertrauensmannes der Metallarbeiter Deutschlands laut Beschlusse des Brüsseler Kongresses, wurde die an verschiedenen Orten stattgefundene Wahl des Genossen Segig-Fürtz auch hier bestätigt. Es wurde dann noch beschlossen, in nächster Zeit eine Provinzialkonferenz der Metallarbeiter der Provinz Sachsen einzuberufen, und wurde zur Regulirung der Vorarbeiten eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt. Mit dem Wunsche, daß die internationale Metallarbeiterbewegung blühen und gedeihen möge und die Halle'schen Metallarbeiter mit allen Kräften für den Sieg der Buchdrucker mitwirken möchten, wurde die Versammlung geschlossen. C. U.

**Halberstadt.** Am 6. Decbr. fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, zu der Herr Th. Werner aus Magdeburg das Referat übernommen hatte. Die Tagesordnung war: Gründung einer Verwaltungsstelle des M. A. Z. Verschiedenes. Redner erklärte den Kollegen die Bedeutung des Verbandes, und fand die Ausführungen, wenn auch die Versammlung schwach besucht war, guten Anklang. Kollege Lehner forberte die Metallarbeiter auf, sich zu organisiren. Es zeichneten sich 28 Mitglieder ein, und der Vorsitzende forberte zum Schluß auf, Mann für Mann für unseren Verband zu agitiren. Gewählt wurden: Jul. Lehner, Bevollmächtigter, Wilhelm Nahlhut, Kassirer, Friedrich Bern, Otto Purfurth, Heinrich Richter, Revisoren. Die Mitgliederzahl ist jetzt auf 84 gestiegen.

**Hildesheim.** Unser Bericht, den wir schon lange geben wollten, hat sich in Folge innerer Kräftigung und Beschäftigung verzögert. Der vorherige Fachverein hier stand schon, trotz der Noth auf uns ausgeübten PreSSION, auf anerkannter Höhe und nahm nach Einführung des D. M. A. sofort Veranlassung, einstimmig zum Verband überzutreten (1. August 1891). Hierbei machten wir die erfreuliche Wahrnehmung, daß viele Genossen, die den vorigen Verein als Unvollkommenheit betrachtet hatten, unsere Filiale jetzt durch Beitritt um das Doppelte verstärkten; auch treten andauernd noch Kollegen bei. Trotzdem läßt die Organisation hier noch viel zu wünschen, und deshalb muß gerade hier am stärksten agitiert werden. Hier am Ort und Umgegend kann man die Metall-Industrie als vorherrschend bezeichnen, wogegen ich alsdann konstatiren muß, daß die hiesigen Löhne die niedrigsten mit sind. Nennenswerth sind noch wenige Akkordlöhne bei unbeschränkter Arbeitszeit. Auch diese sind schon nachweislich durch übermäßiges Strouthern einzelner Verblendeter ohne Widerstand beschnitten. Uns gegenüber steht natürlich sauber, Innung in Blüthe, die Fabrikanten überbieten sich im systematischen Lohnbeschniden und Aussperren. (Schreiber dieses ist selbst in einer Fabrik gemapregelt.) Außerdem pflegt man den Kasstengeist der Arbeiter durch die nichts weniger als lehrwürdigen Gratifikationen, dabei helfen päpstliche Gesellen-Vereine und Polizei-Institute mit, daß sich die Kollegen weit mehr unter einander bekämpfen, statt vereinen. Hierin ist zu sehen, daß unser Agitationsfeld groß ist und arbeiten wir gerade daran, in den zahlreichen Industrie-Landschaften unseres Kreises Verbands-Filialen zu errichten. In Folge unserer Lage und auch wohl wegen der unvollkommenen Fassung des § 5 des Statuts kamen wir bei der Ausführung in Kalamitäten, die unser Delegirter auf der Konferenz in Hannover zur Sprache brachte. Dort wurde uns vielleicht durch Mißverständnis eine ungenügende Antwort zu Theil und werden wir beim Hauptvorstand Entscheidung beantragen. — In der vorletzten Mitgliederversammlung vom 14. November wurde von Kollege Kühler Stellungnahme zum Arbeitsnachweis beantragt, worauf in der letzten Mitgliederversammlung vom 23. November eine Kommission von drei Kollegen gewählt wurde, um den Arbeitsnachweis anzubahnen. Auch wird obligatorisch an eine sachgemäße Ausübung durch gute eigene Bibliothek und besonders lehrreiche Vorträge unseres sehr befähigten Kollegen R. G. und Anderer Rücksicht genommen. Außerdem wurde in der letzten Versammlung eine Resolution einstimmig

angenommen, worin alle Kollegen den Buchdrucker ihre Solidarität und Unterstützung aussprechen. Indem wir nochmals alle Kollegen zu äußerster Agitation, sowie zum regelmäßigen Besuch unserer Versammlungen auffordern, schließen wir mit kollektivistischem Gruß.

**Kaiserlautern.** Gegenwärtig hört man sehr viel Jammern und Klagen über den schlechten Verdienst, über die Arbeitslosigkeit, sowie über die fortwährenden Lohnabzüge in den Nähmaschinen-Fabriken und überhaupt in der hiesigen Metall-Industrie. Aber was thun die hiesigen Metallarbeiter, die nach Tausenden zählen, zu ihrer Organisation? Nichts und abermals nichts. Es sollen hier nur einige Beispiele angeführt werden. Vor einigen Wochen wurde das Märchen verbreitet, eine hiesige Nähmaschinen-Fabrik (Kaiserlauterner Nähmaschinen-Fabrik) liege im Sterben, es würde auch eine große Anzahl Arbeiter entlassen und als Arbeitszeit die achtstündige (Normalarbeitszeit?), natürlich mit Abzug, proklamiert. Später indessen wurde die Arbeitszeit wieder geändert und zwar dahin, daß die Arbeiter Montags feiern müßten. (Und gerade in Bayern wird der blane Montag bestraft.) Die Arbeiter suchten ihre so sehr reduzierten Löhne mit außerordentlichen Anstrengungen wieder zu heben und das Ende vom Liede war wieder Abzug auf Abzug. Jetzt wird nun wieder im alten Tempo gearbeitet, sogar mit Überstunden. In demselben Sinne treibt es jetzt auch die Pfälzische Nähmaschinen-Fabrik, jedoch noch nicht mit solch schönem Erfolge, da hier bis jetzt ein Teil der Arbeiter drei Tage in 14 Tagen blau machen muß. Mit um so größerem Erfolg arbeitet die Nähmaschinen-Fabrik. Hier regnet es Abzug auf Abzug und in solch' bedeutender Höhe, daß es bei einzelnen Arbeitern bis 8 A in vierzehn Tagen ausmacht. An einer Arbeit wurden sogar 25 A auf einmal abgezogen. Eine ganz neue Art der Auslagerer haben nun die beiden Werksführer dieser Fabrik ausgedacht, welche mit nächstem in Kraft treten soll. Wie ein Vorarbeiter den Arbeitern erklärte, würde das alte Arbeitsystem nicht mehr beibehalten, sondern ein ganz eigenartiges eingeführt. Z. B.: Ein Arbeiter, der jetzt 2,50 Tagelohn hat, bekommt irgend eine Arbeit, und muß, sagen wir hier 70 Stück pro Tag (welches bisher bei angestrengter Arbeit noch nicht erzielt wurde), fertigen, für diese 70 Stück erhält er jetzt 2,40. Nach der Beirreffende nun 77 oder 84, so bekommt derselbe, je nach Lieferung, 1 resp. 2 Stunden gut geschrieben. Oder anders ausgedrückt: für je weitere 7 Stück 1 Stunde mehr bezahlt. Jedoch in diese schlechte Sauce gehört noch Gewalt, natürlich um sie für den Fabrikanten schmerzhafter zu machen; nämlich von diesem Stundenweisen Mehrverdienst fällt der Fabrik ein Drittel zu und dem Arbeiter zwei Drittel. Der Arbeiter hat im Afford nun z. B. bei 14 Stück 48 A mehr verdient, wovon er 32 und die Fabrik 16 A erhält. Wie schon oben erwähnt, was thun diese Nähmaschinenarbeiter zu ihrer Organisation? Nichts; im Gegenteil, sie schauen Andere, die dafür eintreten, noch über die Schulter an, als ob sie die Herren der Welt wären. Und einige, die dem Metallarbeiter-Verband angehörten, warfen bald aus Feigheit die Fikate ins Korn, natürlich mit der leeren Anrede, es wäre ihnen zu teuer. Dagegen in Lagersvereinen, Klubs und Klubs, ebenso in Militärvereinen, deren wir nicht weniger als vier haben, die nebenbei bemerkt, hauptsächlich die Aufgabe haben, alljährlich widerlehrende „patriotische“ Festtage zu feiern und ihre Mitglieder bei einer Reichstagswahl als „Etzambisch“ zur Urne zu transportieren, da schreien sie Hurrah. Kommt man erst mit einem Arbeiterblatt, ja da haben sie wieder kein Geld, dem Einen ist es zu teuer, dem Anderen ist es zu sozialdemokratisch, der Dritte wohl halt seine Frau fragen. Aber für Schundromane und Räubergeschichten, für Fabrikvereins-Fahren und bergleichen, da schmelzen sie 5, 6 und 10 A fort, wenn auch die Kinder zu Hause nach Brod schreien. Allen sehr zweifelhaften Großsprechern leistet man Gesellschaft, vergöttert sie als den Inbegriff des Bestehenden und Verdenden und ist liebevoll, um zu einigen Brocken zu gelangen, die von dem Tische des „Herrn“ fallen. Es ist die Signatur der Zeit: Rarger Lohn, Ueberarbeit, Weib und Kind müssen in die Fabrik, erbärmliche Lebenshaltung verkümmert das Dasein und dabei diese geistige Verumpfung. Wahrlich, man könnte an einem einmütigen Befreiwerden zweifeln. Mit dem bekannten Nazarener möchte man ausrufen: „Sie haben Ohren und hören nicht, sie haben Augen und sehen nicht! Darum Metallarbeiter von Kaiserlautern, erwacht aus Euerem Schlafe, ermaant Euch und tretet Mann für Mann in den deutschen Metallarbeiter-Verband, wo Ihr auch wirklich Eure Interessen vertreten könnt. Nur dann ist es auch möglich, ein besseres Dasein zu erkämpfen. Thut Alles in Euerem Sinne Pflicht. — Versammlungen

finden alle 14 Tage regelmäßig in der Wirtschaft zur „Eiche“, Glockenstr. 50, statt, wo selbst Mitglieder aufgenommen werden. Von den Mitgliedern selbst muß aber die größte Agitation entfaltet werden; Jeder, der seine „Metallarbeiter-Zeitung“ gelesen hat, muß sie immer wieder weiter verbreiten, damit kann auch eine Agitation getrieben werden. Darum auf zur Arbeit!

**Hildenscheid.** In der Versammlung des D. M. A. am 6. Dez. wurden nach Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder zu Punkt 2 mehrere Anträge gestellt. Es wurde zunächst beschlossen, daß die Monatsversammlung nicht mehr am 1., sondern am 8. Sonntag eines jeden Monats abgehalten werden soll, da mehrere Mitglieder freien Kranken- und Sterbekassen angehören und deren Versammlung am 1. Sonntag eines jeden Quartals abgehalten wird. Alsdann wurde beschlossen, Extra-Marken zum Verkauf zu bringen, da es unsere Pflicht sei, unsere ausständigen Kollegen im Kampfe gegen den Kapitalismus zu unterstützen. Dann wurde beschlossen, bei dem Verbandsvorstande zu erfragen, ob die Summe von 2000 M. in der September-Rechnung bis für die Zeitung oder auch noch für andere Druckfachen berechnet sind. Alsdann wurde die Erläuterung des § 14 borgenommen, da hierüber verschiedene Meinungen entstanden waren. Ferner wurde in Aussicht gestellt, daß für Hildenscheid und Umgegend ein Vertrauensmann erforderlich wäre und wahrscheinlich in der nächsten Versammlung verschiedene zum Vorschlag gebracht werden sollen, desgleichen wurde sich dahin geäußert, daß sich die hiesige Verwaltung mit denen in Altena, Hagen u. s. w. in Verbindung setzen sollte, um gemeinschaftlich einen Agitator zu engagieren. Zum Schlusse wurde hervorgehoben, daß von den jüngeren Metallarbeitern noch die Mehrzahl dem Verbands fern stehe und daß vorwiegend durch einen tüchtigen Agitator wieder mehrere Mitglieder gewonnen würden. — Die nächste Versammlung findet nicht den 20. dieses Monats, sondern erst am 8. Sonntag im Januar statt.

**Neuwied a. Rh.** Eine Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist hier gegründet worden.

**Oblitz.** Schon seit Jahren bestehen hier bei einigen Firmen Mißstände, die zu rügen sich der Mühe lohnt; so z. B. das den Oblitzer Kollegen zur Genüge bekannte Meistersystem der Schirm-Fabrik Kremshöh u. So. Ich will einige besonders große Uebelstände bei der Paragon-(Muster-)Arbeit hervorheben. Diese Meister sind Stückarbeiter und arbeiten jeder mit 6-8 Unterarbeitern, welche von den Meistern Tagelohn ausbezahlt bekommen. Nun erhalten die Meister pro Tausend 7,50 und verfertigen durchschnittlich 24 Tausend pro Woche. Das wäre also eine Summe von 180 M., wovon für drei Vorarbeiter 47 M. und für die Unterarbeiter ca. 80 M. abgehen. Den Rest von 63 M. streichen die Meister in die Tasche. Wohlverstanden, nicht selbstverdientes Geld, sondern das von ihren Untergebenen verdiente. Die Fabrikregel betreffs Anfang und Ende der Arbeitszeit scheint für die Meister nicht da zu sein. Dabei sind diese Meister dem D. M. A. beigetreten. Das ist ja an und für sich sehr lobenswerth, aber weil sie selbst die Ausnützer der Arbeitskraft Anderer spielen, wüßte ich gern, was sie im Metallarbeiter-Verband bezwecken wollen; wollen sie für den § 2 des Verbandsstatuts eintreten, nämlich: Beschränkung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit, der Überstunden und der Uffordarbeit? Da werden ihnen die Herren Arbeitgeber wohl sagen, und mit Recht: Euer Lohn ist doch gut genug, und in Betreff der Arbeitszeit werden sie sagen: Ihr kommt doch und geht wann Ihr wollt. — Also ihr Meister, zahlt Eueren Unterarbeitern gerechten Lohn, dann habt Ihr ein Recht, dem Verbands beizutreten. Ich wiederhole es nochmals, nicht ist gemeint: Tretet aus, sondern zahlt Eueren Unterarbeitern gerechten Lohn.

**Ein Unterarbeiter.**

**Paruschowitz.** In der letzten, am 28. November im Hüttenagthaus Silesia hier selbst abgehaltenen Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle des D. M. A. stand zunächst die Wahl mehrerer Vorstandsmitglieder auf der Tagesordnung. Da dem früheren Bevollmächtigten mit mehreren Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands gekündigt worden war, so glaubten uns die Herren, umso mehr als sie in Aussicht stellten, noch mehr folgen zu lassen, eingeschüchert zu haben. Es wurden gewählt ein Bevollmächtigter, ein Schriftführer und ein Beisitzer, und zwar die Kollegen Bollmann, Hoffmeister und Wollf. Dem bisherigen Bevollmächtigten wurde für sein kollegiales Auftreten der Dank der Versammlung zu Theil. Da die Wächterin des Lokals erklärt hatte, daselbst nicht mehr hergeben zu können, so wurde eine Kommission gewählt, welche mit dem Besitzer des in Aussicht genommenen Lokales in Verbindung treten soll. Ferner wurde beschlossen, die nächste Versammlung erst Sonntag, den

20. Dezember, stattfinden zu lassen, und zwar Nachmittags 8 Uhr. Ueber die Gleichgültigkeit der Kollegen wurde von verschiedenen Seiten berechtigte Klage geführt und Rathschläge ertheilt, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Mit der Ausnahme neuer Mitglieder und der Mahnung des Kassiers, die Reste zu begleichen, war die Tagesordnung erledigt. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. — Der den Arbeitern durch seine merkwürdige „Humanität“ bekannte Oberingenieur S. wurde dieser Tage Knall und Fall entlassen, und zwar so, daß dem Portier Weisung ertheilt wurde, denselben am nachmaligen Betreten der Fabrik zu hindern. Wir drücken den Arbeitern des Establishments, welches er durch seine Oberaufsicht beehren wird, schon jetzt unser Beileid aus und wünschen dem menschenfreundlichen Herrn gute Besserung.

**Prerau b. Biel.** Die hiesigen Metallarbeiter haben eine Verwaltungsstelle des D. M. A. gebildet, die 160 Mitglieder zählt.

**Entlingen.** Auch am hiesigen Orte gründeten die Metallarbeiter eine Verwaltungsstelle des D. M. A.

**Tönning (Schleswig-Holstein).** Am 5. Dez. fand unsere erste Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Verlesung der Statuten und Geschäftsordnung 2) Vorstandswahl. 3) Eintragung der Mitglieder. 4) Verschiedenes. Der erste Punkt wurde von dem Einberufer Bod erledigt und von den Mitgliedern angenommen. Bei Punkt 2 wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: 1. Bevollmächtigter F. Bod. 2. Bevollmächtigter J. Wallisowsky. Kassierer M. Dresler. Schriftführer J. Busch. Als Beisitzer: Haxer, Sabihly und Schröder. Punkt 3 wurde von dem gewählten Vorstand erledigt. Bei Verschiedenes meldeten sich mehrere Genossen zum Wort, wobei es zu einer lebhaften Debatte kam, indem auf der West die Rede fiel: „Der Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Tönning, solle nicht hoch kommen, dafür wolle der hier bereits existierende Verein deutscher Schmiede sorgen.“ Da nun Mitglieder des Schmiedeverbandes anwesend waren, so erklärten dieselben, sich in dieser Art und Weise nicht geäußert zu haben, dieses müßte entweder auf einem Freium beruhen oder auch verkehrt verstanden worden sein. Nach dieser Debatte wurde noch die Metallarbeiter-Krankenkasse von dem Bevollmächtigten in Erwähnung gebracht. Es wurde darüber debattiert, auch sich sehr dafür erklärt, bestimmte Beschlüsse wurden aber nicht gefaßt, sondern selbiges wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Würzburg.** Am Sonntag, 6. Dezbr., fand eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1) Zweck und Nutzen der gewerblichen Organisation 2) Verschiedenes. Der erste Punkt konnte leider nicht erledigt werden, da hierzu Genosse Segis aus Fürth als Referent bestimmt war, zu der anberaumten Zeit aber am Erscheinen verhindert wurde. Zum zweiten Punkt wurde der eigentliche Zweck der Versammlung doch erreicht durch die Gründung einer Verwaltungsstelle des D. M. A., nachdem zu den schon 29 eingeschriebenen Mitgliedern noch 5 Neuaufnahmen stattfanden. Nachdem über verschiedene Paragraphen des verlesenen Statuts durch die Genossen Schag, Christ u. Krapp die nötige Aufklärung gegeben, wurden folgende Mitglieder in die Ortsverwaltung gewählt: Joseph Schag, Bevollmächtigter, Georg Christ, Kassier, Valentin Krapp, Georg Weger und Peter Schuster als Revisoren. Die Reiseunterstützung wird jeden Abend von 6 Uhr ab im Verkehrslokal „Matrosen“ in der Körnerstraße ausbezahlt, im Verhinderungsfalle des Kassiers durch den Genossen B. Krapp.

**Schläger.**

**Dresden.** Der Streik der Metallschläger ist beendet; die Gehilfen mußten wegen ungenügender Unterstützung die 14proz. Lohnreduktion bedingungslos annehmen. Durch die Proftunth der Arbeitgeber ist durch besondere Einrichtung eine weitere Lohnreduktion eingetreten. Sammtliche Gehilfen stehen bis auf 7 Mann wieder in Arbeit, Maßregelungen haben bis jetzt nicht stattgefunden. Wir sagen hiemit den Genossen für ihre materielle Unterstützung den besten Dank. Spezial-Abrechnung folgt; es wird darum gebeten, die ausstehenden Listen abzuliefern, damit die Abrechnung recht bald erfolgen kann.

**Schmiede.**

**Dresden.** Am 7. Dezember tagte in den Räumen des Slating Ring eine Versammlung der Schmiede, Former und verw. Berufsgenossen. Herr Theiß aus Hamburg sprach über das Thema: Was lehrt uns unsere Lage? Der zweite Punkt, Gründung eines Kartellverbandes, kam aus unbekanntem Gründen nicht zur Verhandlung. Ueber die Ausführungen des Redners im Allgemeinen läßt sich nicht viel sagen, da dieselben Neues

nicht zu Tage förderten, nur einige waren originell, erregten aber vielfach bedenkliches Kopfschütteln oder spöttisches Lächeln. So z. B. meinte Theiß, es sei keinem Arbeitgeber von seinem Standpunkte aus zu bedenken, wenn er die Arbeiter ausbeute und seiner Proftunth fröhne, es sei auch Diebstahl an dem Arbeitgeber, wenn der Arbeiter in der Arbeitszeit mit seinem Nachbar einwand plaudere oder sonstwie durch Müßiggang die Arbeitszeit verfrage. — Solche Ansichten gehören auf das Gebiet der Harmoniebesel, eines Führers der Schuttedebewegung Deutschlands sind sie zum mindesten unwürdig. Von einem Genossen über seine Stellung über die Gewerkschaftsorganisationen interpelliert, erklärte Herr Theiß, daß eine Diskussion darüber ein Streit um des Kaisers Bart sei; die Schmiede würden unter allen Umständen ihre bisherige Branchenorganisation beibehalten, man möge beschließen, was man wolle. Die Beschlüsse, welche in Bezug auf die Organisationen von den bis jetzt stattgefundenen Kongressen gefaßt worden wären, seien nur durch eine künstliche Majorität herbeigeführt worden. Als dann ein jüngerer Genosse (wer sich vorher bei verschiedenen Meinungen des Herrn Theiß erlaubt hatte, darüber den Kopf zu schütteln und zu lächeln) ihm auf Grund des Frankfurter Kongressprotokolls und eines Berichtes aus der Metallarbeiter-Zeitung die Unrichtigkeiten seiner Behauptungen nachwies, geriet Herr Theiß in eine solche Erregung, daß seine eigenen Kollegen sich wunderten, denn an eine sachliche Widerlegung dachte derselbe nicht; regelhaft, unanständig nannte er den verr. Genossen, derselbe hätte noch die Hosen beschmutzt, als er (Theiß) schon in der Bewegung thätig gewesen sei, die Gastfreundschaft sei verkehrt worden u. s. w. Kurz, an eine sachliche Widerlegung dachte der Referent nicht mehr und mußte es sich nun sagen lassen, zuerst von den jüngeren Genossen, dann auch von verschiedenen Anderen, daß sein unparlamentarisches und unanständiges Gebahren zu keiner Welse imponire und daß man allgemein geglaubt hätte, daß Herr Theiß eine sachliche, verständige Entgegnung auf die gegentheiligen Ansichten bringen würde. Herr Theiß begnügte sich, nachdem er sich verschiedener Zahlenfälschungen schuldig gemacht hatte, mit dem Rathschlage an seine speziellen Kollegen, die Schmiede, in Zukunft nur geschlossene Versammlungen abzuhalten und Solche, die gegentheilige Meinung seien, einfach hin aus zu werfen. Illustrirt wurde dieser Rathschlag noch vom Kollegen Fahn: Es sei eine unerhörte Frechheit, eine Resolution einzubringen, die nicht im Sinne des Referenten und der Schmiede wäre! Zu bemerken ist hier nur kurz, daß zu dieser Versammlung nicht nur Schmiede, sondern auch Former und verwandte Berufsgenossen, also auch Metallarbeiter eingeladen waren; wenn man die gegentheilige Meinung anderer Kollegen nicht vertragen kann, dann gehe man doch nicht an die Öffentlichkeit, sondern bleibe hübsch für sich. Im Uebrigen hätte die Versammlung zu allgemeiner Zufriedenheit verlaufen können, wenn der Vorsitzende mehr Energie, Anstand und Taktgefühl entwickelt hätte. Wir sind hier in Dresden bei allen Versammlungen gewöhnt, offen und ungenirt unter Gefallen oder Mißfallen über irgend ein Referat oder über sonstige Ausführungen, die im Verlaufe der Debatten vorkommen, durch Gegenrede kund zu thun, und wenn jemand den Kopf schüttelt oder spöttisch lächelt, dies als regelhaft oder unanständig zu bezeichnen, ist bis jetzt in Dresden noch keinem Redner eingefallen, sondern blieb Herrn Theiß vorbehalten. In Dresden ist man gewöhnt, seinen Gegner in sachlicher, ruhiger und würdiger Weise zu widerlegen, dies imponirt, Herrn Theiß' Benehmen aber nicht. Die Dresdener Metallarbeiter werden sich durchaus nicht als Staffage für die Schmiede hergeben, sondern werden auf dem bisher betretenen Wege weiter schreiten auch ohne Jopf, aber würdig und selbstbewußt. — Nach der Versammlung waren noch zwei „Gegner“ des Herrn Theiß mit ihm in der Schmiede-Herberge zusammen; unter anderen Gesprächen führte Herr Theiß auch an, daß wir — also die Metallarbeiter — gar nicht so unrecht hätten mit der Form der Organisation, nur er könne dieselbe aus naheliegenden Gründen nicht akzeptiren, dies gebiete ihm der Selbsterhaltungstrieb. Und deshalb sollen die Schmiede verfahren? Ein jüngerer Kollege hat sich besonders die Worte des Referenten zu Herzen genommen, daß die Frankfurter Kongressbeschlüsse nur durch eine von „jungen Leuten“ erkämpfte Majorität zu Stande gekommen seien. Wollte man überhaupt auf die Theiß'schen Ansichten eingehen, so hieße es hier in Dresden Wasser in die Elbe gießen. Wie ich aus Nr. 50 ersehe, haben auch die Münchener Aehnliches erlebt. Ich meine, solche Leute (die sonst ganz gut verwendbar) wirtschaften sich durch solche Thätigkeit zu ihrem eigenen Schaden sehr bald ab.

**Indwischhafen.** Am Dienstag, 1. Dez.,

fand hier eine öffentliche Schmiedeversammlung statt, in der Herr Theiß aus Hamburg referierte. Der Besuch war ein geringer. In Theiß' Vortrag kam der Metallarbeiter-Verband schlecht weg, doch seine größte Leistung brachte er in der Diskussion zu Stande. Nach dem Vortrag ergriff Niebel (Metallarbeiter) das Wort, welcher an das Solidaritätsgefühl der Schmiede appellierte, indem der Verband doch auf dem Metallarbeiter Kongress gegründet sei, und nach demokratischem Grundsatz sie sich der Majorität fügen müßten. Da hatte Niebel die wunde Seite des Herrn Theiß berührt, denn er vergaß sich vollständig, als er antwortete. Wie er sein Blut sich an Niebel etwas abgeliebt hatte, ging er zum Verband über und führte Theiß aus: „Es hätten 420 Fachorganisationen bestanden, davon hätten nur ungefähr 100 für den Verband gestimmt, ob dies die Majorität sei?“ (Dies Zahlenkunststück steht diesem Klopffechter ganz ähnlich! Red.) Folgebeissen brauchten sie sich nicht nach dem Beschluß zu richten, und überhaupt seien die „Metallarbeiter“ noch „grün“, sie sollten erst lernen zu organisieren.“ Nachdem er sich über die Vorstandsmitglieder des Verbandes in gehässiger Weise ausgelassen hatte, ergriff Sauer (Metallarbeiter) das Wort, welcher behauptete, daß Theiß, der an der Spitze der Schmiedeorganisation stehe, solch eine Kampfesweise führe; alsdann forderte er die Schmiede auf, sich der Allgemeinheit anzuschließen. Theiß wurde jetzt anständiger, er wählte, ihre Aufgabe sei, die Gesellen, die bei den Meistern arbeiten, in die Organisation zu bringen, denn dies sei die große Mehrheit der Schmiede, und was auf dem Gewerkschaftskongress beschlossen würde, wäre für ihn „bindend“.

**Fellenhauer.**

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern erkennt das Schöffengericht am 1. N. O. Nürnberg in der Privatklage des Weisenfabrikanten Peter Heinz in Ludwigsbühl gegen den Redakteur Johann Scher in hier, wegen Beleidigung in seiner öffentlichen Sitzung vom 30. Oktober 1891, in Gegenwart: 1. des kgl. Amtsraths Dittmar, 2. der Schöffen a. Voigt, Rudolf v. Hirschmann, Heinrich, 3. des f. Gerichtsschreibers Mpr. Stauder, nach gepflogener Verhandlung zu Recht, wie folgt: 1. Scher in, Joh. Gottfried, geb. am 25. April 1851, lath. verh. Redakteur hier, ist schuldig eines Vergehens der Delibugnung, und wird hiemit in eine für den Fall der Unerbringlichkeit in dreitägige Gefängnisstrafe umgewandelte Geldstrafe von fünfundsiebzig Mark sowie zur Tragung der sämtlichen Kosten einschließlich der dem Kläger erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt. 2. Der verfügende Theil des Urtheils ist in der von dem Beklagten revidierten, hahler erscheinenden „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ und zwar in demselben Theil und mit derselben Schrift, wie der Abdruck der Beleidigung geschah, öffentlich bekannt zu machen. Der kgl. Amtsrath gez. Dittmar. Zur Beglaubigung und Vollstreckbarerklärung: Der Sekretär Bauer.

**Altona-Hamburg.** (Sektion der Fellenhauer.) Am 29. November hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Entrichtung der Beiträge. Wahl zweier Revisoren. Verschiedenes. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, verlas der Vorsitzende einen Brief aus Kiel, in welchem mitgeteilt wurde, daß die dortigen Kollegen in den Verband übergetreten sind, darunter auch der berühmte Illmann. Es wurde beschlossen falls sich Illmann und G. Stodt in den Verband aufnehmen lassen, sie nicht als bezugsberechtigte Mitglieder anzuerkennen. Nachfolgend lassen wir den Affordtarif von Kiel vom 1. April 1890 und den jetzt geltenden folgen:

**Kieler Tarif vom 1. April 1890.**

Gewichtseilen: Hand-, Arm- und Vorseilen à Kgr. 15  $\frac{1}{2}$ , halbrunde, runde und dreikantige à Kgr. 24  $\frac{1}{2}$ , flache Schlicht à Kgr. 30  $\frac{1}{2}$ , dreikantige à Kgr. 42  $\frac{1}{2}$ , halbrunde à Kgr. 50  $\frac{1}{2}$ .

Vorseilen, flache, vierkantige und Strohfseilen nach Zentimetermaß.

Zentimeter	15	20	25	30	35	40	45	50	55
Vorseilen	9	12	15	18	25	32	40	45	55 $\frac{1}{2}$
Halbrunde, dreikantige	14	17	25	30	35	40	50	60	70
Schlicht, flache u. vierkant.	18	25	30	40	50	70	80	90	100
Schlicht, halbrunde, runde, dreikantige	28	35	42	50	70	80	90	100	125

Dreikant. Sägefseilen per Duzend Zentimeter 10 12 15 18 20 90 120 170 210 240  $\frac{1}{2}$

Flache Sägefseilen, doppelter Vorseilenpreis; Schwert- und Messerfseilen für Halblicht; Hufspatel 50  $\frac{1}{2}$ , Schusserraspel 35  $\frac{1}{2}$ , halbrunde Raspel für halbrunde Schlicht. Stundenlohn mindestens 35  $\frac{1}{2}$ .

**Afford-Tarif vom 1. Januar 1891**

in Kiel von Herrn Becker eingeführt.

Hand-, Arm- u. Maschinenseilen per Kilo 13  $\frac{1}{2}$   
 Runde u. halbr. Gewichtseilen " " 18 "  
 Schlichtseilen " " 24 "  
 Halbrunde Schlichtseilen " " 32 "  
 Flache  $\frac{1}{2}$  Schlichtseilen " " 19 "  
 Halbrunde  $\frac{1}{2}$  Schlicht " " 27 "

**Zollseilen nach englischem Maß.**

Zoll	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Vorseilen	5	6	7	8	9	10	11	13	15	17 $\frac{1}{2}$
$\frac{1}{2}$ Schlicht	8	11	13	15	16	19	28	26		
Schlicht	10	14	17	20	22	26	30	34		
Strohseilen									12	14
Zoll	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
Vorseilen	19	21	24	27	30	32	35	38	40	
$\frac{1}{2}$ Schlicht	28	31	35	40	44	48	52	56	60	
Schlicht	38	42	48	54	60	64	70	76	80	
Strohseilen	16	18	20	22	24	26	28	30	32	

Messerfseilen, flache Raspen, rund und halbrund, 1 Zoll höher als halbrunde Vorseilen, Schuhmacher-Raspel 30  $\frac{1}{2}$ , Hufspatel 45  $\frac{1}{2}$ .

Dreikant. Sägef. per Duzend

Zoll	5	6	7	8	9	10
	78	90	108	144	192	240 $\frac{1}{2}$

**Stundenlohn nach Leistung.**

**Braunschweig.** Wir machen die reisenden Kollegen wiederholt darauf aufmerksam, daß für Braunschweig, Wolfenbüttel, Schöningen und Peine das Umschauen strengstens verboten ist und die Fremden nur in „Stadt Ahneburg“, Wendenstr. 53, einzutreten haben. Zuwiderhandelnden wird jetzt unmissverständlich die Unterstützung und Verpflegung entzogen. Da jetzt da Adressenverzeichnis herausgegeben ist, nehmen wir keinerlei Entschuldigung mehr an.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.**

Trodtem von uns schon öfters auf das Verhalten bei Auszahlung der Wanderunterstützung hingewiesen worden ist, kommen doch noch so viele Fehler vor, daß man annehmen muß, unsere Bekanntmachungen werden gar nicht gelesen. Wir halten es daher am Platze, nochmals in aller Kürze darauf hinzuweisen.

Ein stets wiederkehrender Fehler ist der, daß auch diejenigen, die ohne Reiselegitimation oder ohne Buch reisen, ebenso den Mitgliedern anderer Organisationen Unterstützung gegeben wird. Dem gegenüber ist seit zu halten, daß außer den dem Verbande 26 Wochen angehörigen Mitgliedern nur noch folgende unterstützungsrechtigt sind:

- 1) Diejenigen Mitglieder, die am 1. August dieses Jahres, nachdem sie 13 Wochen zuvor einem von früheren Metallarbeiterkongressen anerkannten Fachvereine angehört und für die Zeit der Zugehörigkeit ihre Beiträge bis zum Tage des Uebertritts bezahlt haben, zum Verband übergetreten sind.
- 2) Diejenigen übergetretenen Mitglieder des früheren Verbandes der deutschen Mechaniker und verw. Berufsgenossen (Sig. paunburg), die am 15. September dem aufgelösten Verbands mindestens 13 Wochen angehört und ihren Verpflichtungen demselben gegenüber gerecht geworden sind.
- 3) Diejenigen übergetretenen Mitglieder der unter 1 und 2 aufgeführten Organisationen, die am 1. August bzw. 15. Septbr. weniger als 13 Wochen Mitglieder derselben waren, von dem Tage ab, an dem 26 Wochen seit dem Tage ihres Eintritts in die obigen Vereine verstrichen sind.
- 4) Diejenigen Mitglieder, die auf Grund des § 5 Abs. 2 des Statuts vom Vorstand ausdrücklich von der Karenzzeit befreit sind.
- 5) Die Mitglieder, die auf Grund von Vereinbarungen nach § 23 des Statuts mit dem Vorstande auf triftigen Gründen nach dem 1. August übergetreten sind.

Die unter 4 und 5 aufgeführten Mitglieder sind mit einem vom Verbandsvorstand ausgestellten oder mit dem Vorstandsamt versehenen Ausweis auszurüsten.

Die angeführten Mitglieder erhalten Unterstützung, sobald sie sich ordnungsgemäß abgemeldet haben, im Besitz einer Reiselegitimation und nicht mehr als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Mitglieder, die keine Reiselegitimation besitzen und sich nicht abgemeldet haben, erhalten keine Unterstützung und sind, sofern sie sonst unterstützungsrechtigt sind, zu veranlassen, sich eine Reiselegitimation, sowie ihre Abmeldung sofort bei der Ortsverwaltung ihres früheren Aufenthaltsorts zu besorgen. **Keine andere Ortsverwaltung als diese ist befugt den nicht abgemeldeten Mitgliedern eine Legitimation auszustellen.**

Mitglieder, die 8 Wochen und mehr (§ 3 Abs. 6 a) reistren, haben erst ihre Rückstände zu begleichen, ehe sie Unterstützung erhalten, allen übrigen sind die rückständigen, sowie

die laufenden Beiträge von der Unterstützung abzuziehen und durch Marken im Mitgliedsbuch zu quittieren.

Mitglieder, die auf einer Tour im Ganzen 25  $\frac{1}{2}$  an Unterstützung erhalten haben, sind erst nach Ablauf eines Vierteljahres wieder zum Bezug von Unterstützung berechtigt.

In derselben Weise wie die Verbandsmitglieder sind reisende Mitglieder des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins, sowie die vom Auslande kommenden organisierten Metallarbeiter zu behandeln und verweisen wir in Betreff dieser auf § 5 Abs. 5 des Statuts.

Diese Bestimmungen bitten wir genau zu beachten, da wir sonst künftighin bei vorkommenden Fehlern die betreffenden Ortsbeamten für den entstehenden Schaden zur Verantwortung ziehen müssen und werden.

Die Mitgliedsbücher Nr. 25719 von Pius Mengemighausen, Hüfisarbeiter, geboren am 3. Mai 1849 zu Beringhausen und Nr. 25728 von Wilhelm Bunsen, Schlosser, geboren 24. Mai 1874, sind ungültig.

Mit Ende Oktober schloß die zweite Rechnungsperiode (September und Oktober) ab und haben die Ortsverwaltungen und Vertrauensleute zur besseren Orientierung Probeabrechnungen zugesandt erhalten.

Wir ersuchen die noch ausstehenden Abrechnungen für diese Monate umgehend an uns einzusenden.

Desgleichen bitten wir diejenigen Ortsverwaltungen und Vertrauensleute, die ihre Mitgliedslisten noch nicht eingesandt haben, dies umgehend zu thun.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß von den nachfolgenden Orten der Bezug der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten ist: Fellenhauer und Schleifer von Magdeburg, Former von Ehrenfeld, Metallarbeiter von Celle und Paruschowik, Metallschläger von Dresden.

In letzterer Stadt ist ein Abwehrstreik wegen einer bedeutenden Lohnreduktion ausgebrochen und ersuchen wir alle für die von uns ausgegebenen Extra-Marken eingehenden Gelder behufs thätigster Unterstützung der Streikenden umgehend an uns einzusenden und soweit solche Marken nicht am Orte sind, umgehend welche zu bestellen.

Da kein Tag vergeht, an dem wir nicht für ungenügend frankierte Sendungen Strafporto zahlen müssen, ersuchen wir genau darauf zu achten, daß alle Briefsendungen über 15 Gramm (bis zum Höchstgewicht von 250 Gramm) mit 20 Pfennig zu frankieren sind.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse des Hauptkassiers

**Ed. Goldbach, Stuttgart, Kurze Str. 3, part.**

zu richten und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken und die Kongressprotokolle ist.

Mit kollegialem Gruß!  
 Stuttgart, 11. Dezember 1891.  
 Der Vorstand.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29) und Zentralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“ (G. S. 39).**

Um die rechtzeitige Aufstellung der Jahresabrechnung und Herausgabe des Zirkulars zu ermöglichen, ersuchen wir die Ortsbeamten dringend, die Abrechnung für November-Dezember sofort nach dem 31. Dezember aufzustellen und an uns einzusenden.

Gleichzeitig ersuchen wir die Ortsbeamten, die Kassensbücher genau mit dem 31. Dezbr. abzuschließen und auf der Abrechnung nur diejenigen Ausgaben zu verrechnen, die auch wirklich im Dezember noch gemacht sind.

**Sämtliche entbehrlichen Gelder** sind an den Hauptkassierer einzusenden und zwar so früh, daß sie spätestens am 29. Dezember in Händen des Hauptkassiers sind.

Hierbei machen wir auf die Bestimmung des § 18 Abs. 8 des Statuts aufmerksam, wonach alle den Betrag von 50  $\frac{1}{2}$  übersteigenden Gelder vom Kassensbestand an die Hauptkasse einzusenden sind, wenn nicht beim Vorstand ein höherer Kassensbestand beantragt und bewilligt ist.

Im Laufe der vorigen Woche ist von uns ein Zirkular an die Ortsverwaltungen versandt. Filialen, welche nicht in den Besitz derselben gelangt sind, wollen dasselbe fordern.

Wir ersuchen die Ortsbeamten, umgehend die Zahl der mit Ende dieses Jahres unbrauchbar werdenden Mitgliedsbücher, für welche Ersatzbücher ausgestellt werden müssen, anzugeben.

Folgende Filialen haben trotz unserer Mahnung die Abrechnung für September-

Oktober bis heute noch nicht an uns eingesandt, weshalb wir die Ortsbeamten dieser Filialen unter Hinweis auf § 18 Abs. 8 nochmals auffordern, die Abrechnung sofort an uns einzusenden:

(„Allgemeine“)  
 Braunschweig, Castet, Eisingen, Eisingen, Freiling, Grolsch, Hemlingen, Coschwig, Münster, Olpe, Schramberg, Solingen (Nord), Welbert, Friedrichshagen und Troisdorf.

(„Vulkan“)  
 Braunschweig, Eisingen, Gevelsberg, Schramberg, Schmelm und Troisdorf.

Bei denjenigen Filialen, welche mit einem \* versehen sind, fehlt auch noch die Abrechnung für Juli-August.

In Anbetracht des sich im Laufe des Monats Dezember stetig mehrenden Krankenbestandes und der dadurch bedeutend vermehrten Zuzugnahmen der Hauptkasse, erwartet der Vorstand, daß die Mitglieder neben der statutarischen Verpflichtung auch freiwillig bereit sind, eine strenge Krankenkontrolle zu üben, um die Kasse vor ungesetzlicher Ausbeutung zu schützen.

Folgende Mitgliedsbücher sind verloren gegangen und werden hiermit für ungültig erklärt:  
 Nr. 11088b. Fr. Wilhelm Naumann, eingetr. 15. Nov. 1884 in Göttingen.  
 „ 17666. Ernst Treppschel, eingetret. 5. Mai 1889 in Garburg.  
 Hamburg, 11. Dezember 1891.  
 Mit Gruß  
 Der Vorstand.

**An die Metallarbeiter von Rheinland-Westfalen.**

Kollegen! Wenn die Agitation fernerhin energisch betrieben werden soll, so gehört dazu Geld und nochmals Geld, denn hier in Rheinland-Westfalen gibt es noch viel zu leisten in punkto Aufklärung. Wir bitten daher die Kollegen allerorts, zu thun, was in ihren Kräften steht. Ferner werden die Kollegen der Orte, wo noch keine Verwaltungsstellen des D. M. A. W. sich befinden, um Angabe ihrer Adresse gebeten, damit so die Möglichkeit geboten wird, den persönlichen Verkehr zu ermöglichen. Alle Anfragen und Sendungen zu richten an: Ferd. Schneider, Elberfeld, Grünwalderberg 12a.

**Abrechnung des Rheinisch-Westfälischen Agitationskomitees.** Oktober. Einnahme: Vom früheren Vertrauensmann der Metallarbeiter für Westfalen H. Schmidt-Gevelsberg Mk. 18,20. Vorschuß der Hauptkasse 20. G. Bohmann, Altena 10. Kirchhoff Gelsenkirchen 2,55. Summa 60,75. Ausgabe: Schreibmaterial Mk. —,55. Porto 1,45. Reise und Diäten nach Gelsenkirchen 6,50. Annoncen 6,90. An M. König, Remscheid 4,50. Summa 19,90.

November. Einnahme: Durch Biskoben, Ohligs Mk. 10. Ausgabe: Reisekosten und Diäten nach Mülheim a. R. Mk. 6,50. An M. Neumann, Vertretung auf der Nader-Konferenz in Iserlohn 6,20. Reisekosten und Diäten nach Gelsenkirchen 6,50. Porto —,80. Briefpapier und Ruberts 1,25. Sa. 20,75.

Bilanz:  
 Einnahme M. 60,75  
 Ausgabe „ 40,65  
 Bestand „ 20,10  
 Elberfeld, 1. Dezember 1891.  
 Das Agitationskomitee:  
 Ferd. Schneider, August Neumann.

**A u f r u f an die Metallarbeiter der Provinz Sachsen!**

In der am 5. Dezember zu Halle stattgehabten öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, für die Provinz Sachsen eine Metallarbeiter-Konferenz in Kürze stattfinden zu lassen zum Zwecke thätigster Agitation. Begründung: Daß die Bewegung der Metallarbeiter der Provinz Sachsen eher rüchwärts statt vorwärts schreitet. In obgenannter Versammlung wurde eine aus 7 Personen bestehende Kommission gewählt, die eine Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Sachsen nach Halle a. S. einzuberufen hat. Die Kommission schlägt als Termin den 31. Januar 1892 und als Verhandlungsstoff folgende Punkte vor:

1. Agitation, die kleineren Ortskassen betreffend.
  2. Wahl einer Agitationskommission.
  3. Pflege der Korrespondenz der einzelnen Ortskassen untereinander.
  4. Eintheilung der Provinz in Agitationsbezirke.
- Wir fordern die Metallarbeiter der Provinz Sachsen hiermit auf, in aller Kürze möglichst allerorts öffentliche Metallarbeiterversammlungen einzuberufen behufs Stellungnahme zur Konferenz ebent. Wahl der Delegierten.
- Zuschriften sind zu richten an **Wilhelm Schneider**, Mitglied, Giebichenstein b. Halle a. S., Driststraße 7.

Eingesandt.

Achtig Pfennig Bohn pro Tag für einen alten Mann, der 43 (dreitundvierzig) Jahre in ein und derselben Fabrik thätig war...

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart) J. F. W. Desig's Verlag ist soeben das 11. Heft des 10. Jahrgangs erschienen...

Briefkasten.

S., Gassen. Das Uebrige Ihres Berichts ist zur Aufnahme ungeeignet. Würzen. Man mag in Vereinen wohl über das fragliche Thema sprechen...

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Breslau. Die Zentralstelle befindet sich Barbaragasse 8 bei Pätzsch...

Abrechnung ihre Beiträge bis Ende Dezember zu entrichten.

Verenburg. Nächste Versammlung der Feiertage halber erst am 9. Januar 1892 in der Schloßbrauerei...

Parusludt. Samstag, 19. Dezember, Abends halb 9 Uhr, Stadt-Verksamung im Lokal zur „Glocke“...

Dortmund. Sonntag, 20. Dez., Abds. 6 Uhr, im Lokal des Wirths Balthen, Westendweg, Versammlung...

Gassen. (Sektion der Former und Hilfsarb.) Sonnabend, 12. Dezbr., Abends 7 Uhr, Monats-Versammlung im Schützenhaus...

Gassen. (Sektion der Schlosser, Dreher u. d. Hilfsarb.) Sonnabend, 19. Dezbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung...

Januover. Montag, 21. Dez., Abends halb 9 Uhr, im großen Saale des Ballhofes, Mitglieder-Versammlung...

Büchsl. a. M. Den Mitgliedern der hiesigen Verwaltungsstelle zur Nachricht, daß laut Beschluß der Versammlung vom 5. Dezember...

Uuden. Am 2. Weihnachtsfeiertag findet unser Vergnügen, verbunden mit Lannenhauptfest, nur für Mitglieder...

Uinden. Montag, 21. Dezbr., Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Wahl eines 1. Bevollmächtigten...

Uinden. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung jetzt beim Unterzeichneten ausbezahlt wird...

Uiraberg. (Sektion der Feilenindustrie.) Samstag, 26. Dezbr., (2. Feiertag) Morgens von 9 Uhr an, Zusammenkunft...

Uiraberg. (Sektion der Zinggießer.) Montag, 21. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, Monats-Versammlung...

Uiraberg. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 19. Dez., Abends 8 Uhr, im Cafe Merz, kombinirte Versammlung...

Uiraberg. (Sektion d. Metzgerindustrie.) Samstag, 19. Dez., kombinirte Versammlung im Cafe Merz...

Uiraberg. (Sektion der Metalldrücker.) Samstag, 19. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Merz, kombinirte Versammlung...

sämtlicher Sektionen Alrnbergs, wozu die Mitglieder ersucht werden, zahlreich zu erscheinen...

Uiraberg. (Sektion der Schmiede.) 1. Feiertag Frühshoppen im Vereinslokal...

Uiraberg. (Sektion der Feiler etc.) Samstag, 19. Dez., kombinirte Versammlung im Cafe Merz...

Oberkirch. (Baden.) Die Metallarbeiter aller Branchen von Oberkirch und Umgegend werden auf Sonntag...

Reutlingen. (Sektion der Schlosser und Dreher.) Samstag, 19. Dez., Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal...

Uiraberg. (Sektion der Schlosser, Dreher u. d. Hilfsarb.) Sonntag, 19. Dezember, Mitglieder-Versammlung...

Uiraberg. Die Reiseunterstützung wird nicht mehr Zogauerstr. 18, sondern Schweizergartenstr. 10, 1, ausbezahlt...

Anzeigen.

Am 20. ds. Mts. beginnt der Versandt von Herrn Eugen Richters Bilder aus der Gegenwart. Eine Entgegnung von Franz Mehring...

Verlag von V. F. Voigt in Weimar. Handbuch für Kupferschmiede. Neben den nöthigen Belehrungen über die Erzeugung und Behandlung des Rohkupfers...

Im Auftrage der Liquidationskommission des früheren Metallarbeiter-Vereins zu Neumünster fordere ich den Kassirer, Schlosser W. Böhler...

Bur Maifeier und sonstigen Festen empfehle den Parteigenossen und verehrl. Fachvereinen Fahnen (in roth) mit diversen Sinnprüchen und Inschriften...

G. Slomke, Volksbuch-Verlag, Bielefeld. empfiehlt als äußerst gelegenes Festgeschenk: Professor Krauth und Meyer: „Das Schlosserbuch“...

Es ist erschienen: Protokoll des allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Kongresses und der Kongresse der Klempner, Schlosser, Former, Feilenhauer und Mechaniker zu Frankfurt a. M. 1891.

Aufforderung. Der Former Hermann Raabe aus Hilsenheim, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes nachzukommen...

Aufforderung. Ich ersuche den Dreher Emil Kolb aus Lobenstein, Adolf Lex aus Bolkowitz (Schief.), und den Schlosser Richard Scherf aus Saalfeld, ihren Verpflichtungen gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband nachzukommen...

Allen Metallarbeitern empfehle ich recht Hamburger Englisch-Lederhosen in allen Größen und Farben. 1. Qualität (extra stark) M 9.50